

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Richard von Weizsäcker
Krise und Chance
unserer Parteiendemokratie

Peter Reichel
Politische Kultur
Zur Geschichte eines Problems
und zur Popularisierung
eines Begriffs

Kurt Lenk
„Elite“ – Begriff oder
Phänomen?

ISSN 0479-611 X

B 42/82
23. Oktober 1982

Richard von Weizsäcker, Dr. jur., geb. 1920; 1969—1981 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 11. Juni 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin; Mitglied der Synode und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Peter Reichel, Dr. phil., Priv.-Doz., geb. 1942 in Rendsburg; Buchhändler; Wiss. Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg; 1981 Habilitation am FB 15 (Otto-Suhr-Institut) der FU Berlin.

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Politische Kultur der Bundesrepublik, UTB Bd. 1037, Opladen 1981; Politische Kultur, in: M. u. S. Greiffenhagen/R. Prätorius (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981; Parteien und politische Kultur in Deutschland, in: J. Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982; Politische Kultur und Faschismus. Anmerkungen zur Diskussion über den „deutschen Sonderweg“, in: Neue Rundschau, Heft 2/1982; Politische Kultur und Demokratie. Ein deutsches Strukturproblem, in: Vorgänge, Heft 59/1982.

Kurt Lenk, Dr. phil., geb. 1929; Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Veröffentlichungen u. a.: Ideologie, Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Darmstadt-Neuwied 1982; „Volk und Staat“. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1971; Theorien der Revolution, München 1981²; Politische Wissenschaft. Ein Grundriß, Stuttgart u. a. 1975; Staatsgewalt und Gesellschaftstheorie, München 1980; Politische Soziologie. Strukturen und Integrationsformen der Gesellschaft, Stuttgart u. a. 1982.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter- richtung und Urteilsbildung.

Krise und Chance unserer Parteiendemokratie

I.

In unserem demokratischen Staat nehmen die Parteien die zentrale Machtposition ein. Damit fällt ihnen ein großer Teil der Verantwortung zu. An den Parteien liegt es primär, ob unsere Demokratie den heutigen Herausforderungen gewachsen und gegenüber allen anderen Regierungsformen nachhaltig überlegen bleibt.

Die Wahlen der Nachkriegszeit vermitteln zwar den Eindruck einer relativ stabilen Parteiendemokratie, insbesondere im Vergleich zur Weimarer Republik und zu manchen Nachbarländern heute. In Wahrheit aber ist das Verhältnis der meisten Wähler zu den Par-

teien, zumal zu den alteingesessenen, etablierten, zunehmend kühler geworden. Das Ansehen der Parteien ist, in erster Linie bei Teilen der jüngeren Generation, erschüttert. Zwischen der Macht der Parteien im Staat einerseits und ihrer Befähigung zur Lösung der Probleme andererseits hat sich eine breite Kluft aufgetan.

Dieses Problem zu lösen, ist unsere zentrale verfassungspolitische Aufgabe. Sie entscheidet nicht nur über die Zukunft der Parteien, sondern über das Schicksal unserer Demokratie überhaupt.

II.

Die Parteien haben ihren überragenden Platz ursprünglich nicht von den Verfassungen zugewiesen bekommen. Vielmehr haben sie sich allmählich in die Wirklichkeit dieser Verfassungen hineingekämpft. Ihre Entstehung hatte quasi oppositionellen Charakter. Der Staat betrachtete die Zusammenschlüsse parteipolitischer Art zunächst mit Mißtrauen; er erschwerte ihre Bildung und Tätigkeit. Im 19. Jahrhundert gab es Fraktionen in gewählten, repräsentativen Versammlungen, die Informationen und Mitsprachemöglichkeit der einzelnen verstärken sollten. Man nannte sich noch nicht nach einer bestimmten politischen Richtung, sondern, wie zum Beispiel in der Zeit der Frankfurter Nationalversammlung 1848, nach dem Lokal, in dem man sich versammelte. Demgemäß hieß die Rechte „Café Milani“, die Radikale Linke dagegen „Donnersberg“. Erst allmählich entstanden daraus politische Parteien, vor allem mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die Weimarer Reichsverfassung war die erste, die die Parteien überhaupt erwähnte — freilich nur negativ, nämlich: Beamte seien Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.

Unsere heutige Verfassung hat der weiter gewachsenen Bedeutung der Parteien Rechnung getragen: „Die Parteien wirken bei der politi-

schen Willensbildung des Volkes mit“ — so lautet der entscheidende Satz im Bonner Grundgesetz. Aber auch damit ist die zögernde Haltung noch nicht aufgegeben. Unser Grundgesetz und das nachfolgende Parteiengesetz lassen die Machtpositionen der Parteien im Staat offen. Die verfassungsrechtliche Regelung für die Parteien bleibt weit hinter ihrem tatsächlichen Einfluß im Verfassungsleben zurück. Sie ist der klassische Fall eines konstitutionellen Understatements.

Erst das Bundesverfassungsgericht kam mit seiner Rechtsprechung dem tatsächlichen Einfluß der Parteien allmählich näher. Nach der Vorstellung dieses Gerichts sollen die Parteien in den Bereich der staatlichen Institutionen einwirken, ohne jedoch Verfassungsorgane zu sein. Denn nicht sie haben Gesetze zu geben, exekutive Gewalt auszuüben oder Recht zu sprechen.

Der Staat, so sagt das Verfassungsgericht weiter, bedarf nun aber der Legitimation durch das Volk, denn Demokratie ist Herrschaft des Volkes; Staatsgewalt geht vom Volke aus. Diese Legitimation vollzieht sich nicht direkt, sondern wird durch die Parteien vermittelt. Diese sind die notwendigen Instrumente der politischen Willensbildung des Volkes, sie sind die Handlungseinheiten, deren die De-

mokratie bedarf, um dem Wähler Einfluß auf die staatliche Herrschaft zu eröffnen.

Das ist gewiß zutreffend, obwohl es für das öffentliche Bewußtsein etwas feingesponnen klingt und folglich auch frühzeitig Kritik erfahren hat, vor allem von der Verfassungsrechtslehre. Das Volk sei vollständig und ausnahmslos durch die politischen Parteien mediatisiert — so meinte Werner Weber. Gerhard Leibholz erklärte, im massendemokratischen Parteienstaat gebe es das Volk überhaupt nicht, Wahlen seien nur Plebiszite für Kandidaten und Programme, welche allein von den Parteien hergestellt seien.

Es ist gewiß zutreffend und auch notwendig, die Parteien nicht den staatlichen Institutionen direkt zuzurechnen. Wahr ist aber auch, daß sich im öffentlichen Bewußtsein die Trennungslinie zwischen dem Staat und den Regierungsparteien immer mehr verwischt. Dies liegt primär daran, daß sich der Einfluß der Parteien quasi „fettfleckartig“ über nahezu alle staatlichen Institutionen immer weiter ausgebreitet hat. Die Parteien beherrschen die gesetzgebenden Körperschaften. Denn nur auf dem Weg über Parteiminister kann man Abgeordneter werden. Formal mag dies anders sein; faktisch aber ist zum letzten Mal vor dreißig oder mehr Jahren ein Abgeordneter gewählt worden, ohne daß ihn eine Partei nominiert hätte.

Im Ergebnis bedeutet dies, daß der maßgebliche Einfluß auf die Wahl und Kontrolle der

Regierung, ebenso wie auf die Gesetzgebung selbst, fest in der Hand der Parteien liegt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in den Parlamenten nicht die Parteien direkt, sondern die Fraktionen maßgebend sind. Denn wenn diese Fraktionen auch nicht immer mit ihren Parteiführungen in allem übereinstimmen — wie wir es zum Beispiel zur Zeit in Berlin in einer Partei erleben —, so betrachtet der Wähler doch Fraktion und Partei letzten Endes mit Recht als ein und dasselbe.

Über die Exekutive und die Legislative hinaus haben die Parteien aber auch maßgeblichen Einfluß auf die Besetzung der obersten Gerichte, und zwar auf dem Weg über die Wahlauschüsse. Im öffentlichen Dienst handhaben Parteien Ämterpatronage und Parteibuchwirtschaft im allgemeinen mit höchst geringer Scheu. Direkt oder indirekt beeinflussen viele von ihnen in erheblichem Umfang die Berufungspolitik an den Hochschulen ebenso wie die Personalfragen bei den öffentlich-rechtlichen Medien. Mit einem Wort: Tatsächliches Verhalten und Einfluß der Parteien auf den Staat haben ihren Ruf begründet, daß sie sich den Staat zur Beute machen. Die Feststellung des Verfassungsgerichts, daß die Parteien selbst keine Staatsorgane seien, haben den allzu weitgehenden Einfluß der Parteien auf die Staatsorgane nicht einzudämmen vermocht.

III.

Es gibt in der traditionellen deutschen Mentalität, im Gegensatz etwa zum angelsächsischen Denken, eine Ursache dafür, die Grenze zwischen dem Staat und der Regierungspartei verschwimmen zu lassen. Dies wird etwa am Beispiel des Strafprozeßrechts deutlich.

Im angelsächsischen Strafprozeß wird zwischen dem souveränen Richter einerseits und dem Kläger und dem Verteidiger andererseits unterschieden. Ankläger und Verteidiger treten als prinzipiell gleichwertige Parteien auf. Jeder vertritt seine Seite; dies kann durchaus parteiisch geschehen: Es ist jeder Seite erlaubt, die Gegenseite als unglaubwürdig zu behandeln. Darüber sitzt der Richter. Er hört dem Streit zwischen Anklage und Verteidigung schweigend zu. Am Ende fällt er dann ein Urteil darüber, welche der beiden Seiten wohl

von der ganzen Wahrheit weniger weit entfernt geblieben ist.

Im deutschen Strafverfahren hingegen vertritt der Verteidiger den Angeklagten. Der Ankläger dagegen heißt *Staatsanwalt*. Der Idee nach vertritt er, ebenso wie der Richter selbst, die ganze Wahrheit. Er spricht also mit einem ganz anderen Anspruch als der Verteidiger und trägt darüber hinaus auch als äußeres Zeichen dafür — im Gegensatz zum Verteidiger — dieselbe Robe wie der Richter.

Eine Parallele hierzu zeigt die Auffassung über die politischen Parteien im Staat. Zwar weiß man bei uns ebenso gut wie in Großbritannien, daß eine Partei, wie schon ihr lateinischer Wortstamm sagt, nicht das Ganze darstellt, sondern nur einen Teil des Ganzen. Ent-

schieden wird — hier wie dort — im Streit der Parteien durch Mehrheit. Die Mehrheitspartei hat das Mandat zur Regierung auf Zeit. Damit ist sie für das ganze Gemeinwesen verantwortlich, nicht nur für ihre eigenen Anhänger. Aber als Partei bleibt sie doch nur *Teil* des Ganzen, sie wird nicht identisch mit ihm.

Umgekehrt gilt für die Minderheitspartei, daß sie zwar nicht regieren kann, aber als Opposition ebenso Teil des Ganzen bleibt wie die Mehrheitspartei auch.

Dennoch ist das Verständnis der Briten konsequenter. Die Regierungspartei hat im öffentlichen Bewußtsein in Großbritannien keinen Vorsprung an staatlicher Würde. Einen qualitativen Unterschied zwischen dem Regierungschef und dem Oppositionsführer kann man dort nicht antreffen. Beide rangieren überdies auf den ersten beiden Plätzen im britischen Protokoll. Mehrheits- und Minderheitspartei werden nur *zusammen* als Repräsentanten des politischen Gemeinwesens gegenüber dem Wähler als dem meist schweigenden Richter gesehen, in dessen Hand die demokratische Entscheidung liegt.

Bei uns hat derjenige einen Vorsprung, der den Staat von Amts wegen vertritt. Deshalb wird es einer Partei, die zum Regieren gewählt ist, etwas zu leicht gemacht, sich mit dem Staat gleichzusetzen. Umgekehrt muß eine Minderheitspartei zuweilen den unterbewußten Verdacht zerstreuen, als wende sich der Oppo-

nent gegen den Staat. Manchem Bürger erscheint das Geschäft der Opposition gelegentlich geradezu als unanständig.

Die Trennungslinie zwischen Staat und Regierungspartei ist also im öffentlichen Bewußtsein bei uns nicht so klar, wie sie es gesunderweise sein sollte. Insoweit wirkt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts harmloser, als es die Realität tatsächlich ist.

Auf der anderen Seite ist aber auch die Sorge der Wissenschaftler unbegründet, daß es aufgrund der Existenz der Parteien, die sich alles angeeignet hätten, das Volk überhaupt nicht mehr gebe. Zur Zeit erleben wir eher, daß die Parteien alle Zeichen eines mangelnden Selbstbewußtseins gegenüber der Bevölkerung an den Tag legen. Große, mitgliederstarke Verbände, Bürgerinitiativen, alternative Bewegungen bis hin zu solchen, die um Parlamentssitze kämpfen, damit sie mit deren Hilfe den außerparlamentarischen Widerstand gegen die Parlamentsparteien stärken können — das alles ist nicht notwendigerweise das Volk, aber es sind gesellschaftliche Kräfte aus dem Volk. Sie nötigen die Parteien mehr und mehr, sich um Rückbindung ihrer Politik an den Wähler zu bemühen. Der Wähler ist, wenn er es nur will, also nicht unbedingt der mit dem Ehrentitel „Souverän“ im Artikel 20 des Grundgesetzes begrabene Bürger, der nur einmal alle vier Jahre von dort herauswinken darf.

IV.

Die Gründe für den wachsenden Ansehensverlust der Parteien liegen aber keineswegs nur in ihrer ungenierten Okkupation der staatlichen Ämter. Wichtiger noch ist die gegen die Parteien gerichtete krisenhafte Stimmungsverschlechterung, die durch eine besondere Strukturschwäche der Parteiendemokratie verursacht wird: Die politischen Lösungen, die die Parteien sich vornehmen, werden allzu oft weder regional noch zeitlich den Ursachen und Lösungserfordernissen der Probleme gerecht.

Zunächst regional: Viele unserer sozial- und wirtschaftspolitischen, unserer Finanz- und Währungsfragen sind tiefgehend beeinflusst von übernationalen Zusammenhängen. Ich nenne nur die Europäische Gemeinschaft.

Gewählt aber werden Regierungen nicht in Europa, sondern national in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft. Je schwächer nun eine Regierung zu Hause ist — und das gilt zur Zeit für die Mehrzahl der Regierungen in Europa —, desto mehr entfaltet sie die Unart, Ursachen innenpolitischer Probleme im europäischen und internationalen Feld zu suchen. Die massive derzeitige Schwäche der Europäischen Gemeinschaft hängt nicht zuletzt genau damit zusammen. Notwendige europäische Lösungen, und zwar gerade auch solche, die langfristig für die nationale Zukunftssicherung erforderlich sind, scheitern an der Renationalisierung der Haltung der europäischen Mitgliedsländer — und das heißt ihrer Regierungen und nationalen Parteien — und an ihrer Unwilligkeit, sich in Eu-

ropa auf ein längst fälliges Mehrheitsprinzip bei den Entscheidungen im Ministerrat einzulassen.

Entscheidender noch als diese geographische Einengung des Blick- und Aktionsfeldes der Parteien aber ist die Begrenzung ihrer Aktivität auf die Legislaturperiode. Das Zeitmaß der Parteien ist durch den nächsten Wahltermin bestimmt und zugleich begrenzt. Wenn die Probleme selbst diesem Zeitmaß nicht folgen — vielleicht wegen der Natur der Sache gar nicht folgen können —, um so schlimmer für die Probleme! Dies verstärkt in krisenhafter Weise eine spezifische Schwäche des allgemeinen heutigen Denkens und Handelns — nämlich eine unaufhörliche Vernachlässigung der Zukunft zugunsten der Gegenwart.

Hierin liegt eine Strukturschwäche der Parteiendemokratie, die sich zu Lasten der Zukunft auswirkt. Die Leitidee der repräsentativen Demokratie, nämlich Regierungsmacht auf Zeit mit der Chance oder Gefahr des Wechsels durch Wahl, besitzt quasi eine automatische Scheuklappenwirkung gegen die Zukunft. Die Regierung ist heute an der Macht. Die Opposition will morgen an die Macht. Also hat in den Augen der Regierung die Gegenwart das Übergewicht über die Zukunft. Es gilt geradezu, die Zukunft im Sinne der Opposition zu verhindern. Immer wieder muß eine Regierungspartei oder Koalition, zumal bei knappen Mehrheitsverhältnissen, Kompromisse suchen, um „am Ruder“ zu bleiben. Die Verlänge-

rung der Gegenwart wird zum alles beherrschenden Thema. Wer sorgt da noch für die Zukunft? Wer kann es da noch riskieren, um einer verantwortlichen Zukunftsvorsorge willen Vorschläge zu machen, die eine Belastung in der Gegenwart mit sich bringen und Streit im eigenen Lager auslösen könnten?

Die Opposition ist die Regierung von morgen. Also müßte sie an sich besonders zukunftsorientiert sein. Aber regelmäßig bringt die Rolle der Opposition zunächst einmal die Gefahr eines Wirklichkeitsverlustes mit sich. Als Minderheit hat man die demokratische Pflicht, die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren, nicht aber, sie zu stärken. Der ständige Streit in jeder Opposition kreist daher um die Frage, ob man für ungelöste Probleme realisierbare Alternativvorschläge machen soll oder nicht. Dagegen scheint vor allem ein taktisches Argument zu sprechen: Wenn nämlich die alternativen Vorschläge gut sind, dann wird die Regierung sie übernehmen und sich selbst dafür belohnen lassen. Deshalb ziehen es manche routinierte Politiker auf den Oppositionsbänken vor, auf Alternativvorschläge lieber überhaupt zu verzichten. Die Folge ist dann oft die, daß die Opposition nicht das ist, was sie sein sollte, nämlich ein „Trainingslager für die Zukunft“.

So wirken sich eingebaute Rollenzwänge sowohl bei der Regierung wie bei der Opposition zunächst einmal zu Lasten der Zukunft aus.

V.

Der Wettbewerb der Parteien um die Mehrheit der Stimmen hat ebenfalls durchaus ambivalente Wirkung. Er macht es einer Parteiführung recht schwer, sich für politische Lösungen auszusprechen, die geeignet sind, Wählergruppen in der Gegenwart zu belasten, um deren Zustimmung man gerade jetzt kämpfen muß, wenn man die Mehrheit erobern bzw. erhalten will.

Deshalb schildern die Parteien die Dinge allzu oft bequemer als sie sind. Man vermeidet, etwas zu sagen, was den Adressaten belasten könnte. Dafür gibt es dann aber auch einen Ausgleich, nämlich den, die Vorwürfe, Angriffe und Gegenangriffe zwischen den Parteien häufig über das Ziel hinausschießen zu lassen. Wirkliche Fragen, die die Diskussion lohnen, werden dadurch aber nicht selten eher verdunkelt als erhellt.

In anderen Bereichen wirkt die Konfrontation in der Sache selbst dafür oft künstlich. Da sind in Wahrheit dann die Standpunkte der streitenden Parteien einander näher, als sie behaupten. Auch ergibt der bestehende objektive Handlungsspielraum manchmal weniger Raum zu einer Veränderung, als eine Opposition für den Fall eines Regierungswechsels ankündigt. Die Konfrontateure wirken dann wie austauschbare Profis, die auf allen Seiten mit denselben „Fouls“ arbeiten und mit einer konsumbestimmten, also harmonisch-optimistischen Linie ohne allzuviel Inhalt werben.

Das eigentliche, natürliche Feld der Konfrontation ist demnach nur zu häufig nicht das politische Problem selbst, sondern der Kampf um die Macht. Das haben alle Parteipolitiker gelernt; man muß leider sagen, manche haben nur das gelernt. Je ernster das jeweilige Pro-

blem ist, desto gefährlicher wird es, wenn Parteien nicht die Probleme angreifen, sondern mit den Problemen als Munition nur auf den Gegner schießen.

Die Weimarer Republik kann in diesem Zusammenhang als Lehre gar nicht ernst genug genommen werden. Sie ist nicht etwa daran zugrunde gegangen, daß es vor 1933 schon zu viele Nazis gegeben hätte. Vielmehr gab es zu wenig Demokraten, die erkannten, daß der gemeinsame Kampf gegen die Gefahren für alle wichtiger gewesen wäre als die dauernden Auseinandersetzungen zwischen den Demokraten.

Die Schwächen der Parteienstruktur und die Schwächen der Zeit und ihres Geistes üben eine Wechselwirkung aufeinander aus. Wir versuchen, uns eine bequeme Gegenwart zu Lasten der Zukunft zu machen. Wir belasten die Umwelt und verbrauchen natürliche Ressourcen, die später fehlen. Wir machen heute rechtlich verbindliche Zusagen für später, ohne zu wissen, wer ihre Kosten eines Tages erwirtschaften kann. Wir finanzieren die steigende Flut selbst ausgelöster oder nicht verantwortlich abgewehrter Gegenwartswünsche durch Schulden, die in der Zukunft fällig werden.

Auch in der Wirtschaft gibt es das Problem. Dort wird ständig darum gekämpft, wie der er-

arbeitete Ertrag auf die Gegenwart, also Konsum, und die Zukunft, also Investition, zu verteilen sei. Auch hier hat die Vorsorge für die Zukunft den bei weitem schwereren Stand.

Der einzelne Bürger lebt bei uns in einem großartigen, im internationalen Vergleich einzig dastehenden System der sozialen Sicherung. Das wollen wir erhalten. Aber die Folge einer gesetzlich und gemeinschaftlich geregelten Vorsorge nahezu aller Lebenssachverhalte ist auch die, daß der einzelne wenig Veranlassung erhält, selbst verantwortlich an die Zukunft zu denken.

Seinen deutlichsten Ausdruck findet das Mißverhältnis von Gegenwart und Zukunft vielleicht im Geburtenrückgang der letzten fünfzehn Jahre. Offenbar wollte man in unserer Gesellschaft in dieser Zeit keine Kinder mehr haben. Die Ursache dafür mag zum Teil durchaus in der Sorge um eine ungewisse Zukunft dieser Kinder liegen, aber wesentliches Motiv ist doch die Konzentration der Erwachsenen auf ihre materiellen Gegenwartswünsche, welche durch Kinder behindert werden könnten — und die Organisation einer Gesellschaft, in der materiell belohnt wird, wer keine Kinder hat.

Die Parteien haben diesen Zustand gewiß nicht allein geschaffen, aber sie haben ihn verstärkt und verschlimmert.

VI.

Es ist also ein eigentümliches und negatives Zusammenwirken von strukturellen Schwächen im Verhalten der Parteien mit einer Mentalität unserer Zeit, die unaufhörlich die Tendenz produziert, die Lösung der Probleme in die Zukunft zu verschieben und genau dadurch die Lösung zu erschweren. Es fehlt ja nicht an der Einsicht, daß wir vorkonsumiert haben und nun nacharbeiten müssen. Auch ist es gerade die Verschiebung der Problemlösungen auf später, die eine sehr eigentümliche und sehr intime Beziehung zur Zukunft nach sich zieht, nämlich eine mehr oder weniger dumpfe Angst vor der Zukunft. Ihre wesentlichen Merkmale, vor allem bei jüngeren Leuten, sind: die Sorge vor der Knappheit und Undurchsichtigkeit der eigenen künftigen Berufschancen, das Mißtrauen gegenüber dem technischen Fortschritt — man befürchtet, daß unsere naturwissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten schneller wachsen als un-

sere Kraft, sie ethisch, sozial und politisch zu beherrschen — und schließlich die Angst vor den Folgen einer ständig wachsenden atomaren Rüstungsspirale.

Wir leben nun heute nicht mehr in der Phase der späten sechziger Jahre, zu einer Zeit also, in der die Anführer der Studentenrevolte durch theoretisches Wissen, ideologischen Streit und vor allem durch revolutionäres Wollen gekennzeichnet waren. Heute gibt es keine solche Revolte, sondern es gibt die „Bewegung“, wie sie sich selbst vorsätzlich unklar nennt und versteht. Sie äußert kein konkretes politisches Ziel. Man versteht sich nicht als Revolution, man will keinen ideologischen Streit um Rechtgläubigkeit. Man weiß, wogegen man ist; unklar bleibt, wofür. Man ist „alternativ“, was immer das bedeuten mag. Und auf die Frage, wie man die Zukunft sieht, heißt es in einem sehr lesenswerten Buchbeitrag

aus der Hausbesetzerszene wie folgt: „Zukunft? Wir sind nicht gewohnt, viel weiter als eine Woche im voraus zu planen. Unsere Zukunft heißt Widerstand. Unsere Power ist, daß wir wenig zu verlieren haben. Unsere Power kann man spüren, wenn man Hemmschwellen durchbricht, der Bruch mit dem Vertrauten, dem Elternhaus, der Schule, der faden Clique, der Bruch mit dem öffentlichen Konsens, mit den ewig defensiven linken Gewißheiten, mit dem Machbaren. Es herrscht Aufbruchstimmung bei uns. Das Gefühl von Sicherheit in einer völlig unsicheren Situation. Es ist die Sicherheit, etwas durcheinanderzubringen, bestätigt durch die Schlagzeilen der ängstlichen Zeitungen, die fahlen Gesichter der Politiker, das Polizeiaufgebot. Unsere Power ist die Gewißheit, moralisch im Recht zu sein, die Erfahrung, daß Erfolg Sympathie schafft. In dieser Sympathie steckt die Identifikation mit dem frechen David, der gegen Goliath antritt.“¹⁾

Die Lektüre solcher Texte vermittelt kein Zukunftsprogramm. Aber, so merkwürdig dies vielleicht für manche klingt: solche Aussagen sind doch alles in allem eher erfrischend als entmutigend. Der Instinkt leitet gerade die aktiven Kräfte jeder Generation. Er begegnet uns bei Jüngeren oft als Skepsis. Da sagt ein Vater zu seinem Sohn: „Setz' dich hin und lerne etwas, denke an deine Zukunft!“ Dann antwortet der Sohn: „Zukunft? Was ist das?“ Ist dies eine Absage des Sohnes an die Zukunft? Wohl kaum. Viel eher eine Absage an den Vater. Das ist als Durchgangsstadium überdies weit besser, auch für den Vater. Der Sohn findet nicht den richtigen Weg. Aber das, was er wirklich sucht, das ist doch genau die Zukunft.

Zunächst zeigen solche Texte und Dialoge, daß die vitale Kraft des Menschen sich auch durch Jahrzehnte einer Tendenz zum zentralistischen, bürokratisierten Fernsteuerungs- und Beglückungsstaat nicht hat abstumpfen lassen. Im Gegenteil! Das, was von jungen Leuten — und nicht nur in Berlin — trotz aller militanten und wenig einladenden Formen angestrebt wird, enthält im Kern die Suche nach dem, was ohnehin unser politisches Programm sein muß, nämlich nach dem Übergang zur Selbstverantwortung und Mitverantwortung.

Was die Parteien selbst anbetrifft, so hilft klagen für sich allein nicht weiter. Parteien sind eben keine Goliaths, sie sind weder so groß und so stark, noch im allgemeinen so dumm. Zwar ist es richtig, daß ihr Zeitmaß die Legisla-

turperiode und die nächste Wahl ist. Aber sie allein dafür zu kritisieren, ist sinnlos. Die parlamentarische Demokratie funktioniert nur, wenn die Parteien um die Mehrheit kämpfen. Das ist ausdrücklich ihr Auftrag. Es würde der Zukunft überhaupt nicht dienen, wollte man von einer Partei erwarten, sie solle im nächsten Wahlkampf nur an die Zukunft denken, dafür aber auf den Wettbewerb um die Mehrheit überhaupt verzichten. Überdies fehlt es auch einer hinreichend großen Zahl von Politikern keineswegs an der Einsicht in das, was zur Zukunftssicherung notwendig ist. Was ihnen fehlt, ist vielmehr das Zutrauen, daß es ihnen gelingen könnte, dafür Zustimmung bei einer Mehrheit der Wähler zu finden.

Die Aufgabe besteht also in der Fähigkeit, das Notwendige mehrheitsfähig zu machen. Dies kann nur gelingen — und das war vermutlich zu allen Zeiten so —, wenn wir verändernd auf das Verhalten und Bewußtsein einwirken, bei uns selbst und beim Wähler. Solange wir als Politiker in der Parteiendemokratie unsere Aufgabe nur so verstehen, die Wünsche der Wähler zu ermitteln, zusätzliche Wünsche zu suggerieren und ihre Erfüllung im Maß der Möglichkeiten zu versprechen, solange wird die Parteiendemokratie auf die Dauer überhaupt keine Überlebenschance haben. Bleiben wir hingegen lernfähig und verstehen wir das politische Mandat der Parteien als Aufgabe, für unsere ja vorhandenen, erreichbaren Erkenntnisse öffentlich einzutreten — vielleicht sogar einmal gegen eine Wahlkampfaussage von uns selber —, dann bleibt unsere Ordnung jedem anderen System überlegen.

Allen Mängeln zum Trotz können wir an diese Lernfähigkeit durch Wettbewerb, auch im Wettbewerb der Parteien, durchaus glauben. Das klassische Beispiel in der Parteiengeschichte bleibt der Wettbewerb zwischen dem Konservativen Disraeli und dem progressiven Liberalen Gladstone im ausgehenden 19. Jahrhundert in Großbritannien. Im Kampf um die Macht schlug Gladstone fällige Reformen vor. Disraeli machte sich den Löwenanteil der Gedanken seines Gegners zu eigen und setzte sie im Regierungsmandat durch. Ein typisches, auch heute wirksames Prinzip kam dabei zur Geltung: Fortschritt gelingt nur mit Hilfe der Konservativen. Man muß sie für fortschrittliche Ideen gewinnen, nicht sie damit bekämpfen. Wer den Fortschritt gegen die Konservativen durchsetzen möchte, der wird am Ende scheitern, und dann wird er zum Ideologen. Wahre Konservative hingegen müssen offen für den Fortschritt sein. Wer sich dem Fortschritt verschließt, wird zum Reaktionär.

¹⁾ Benny Härlin, Von Haus zu Haus, in: Kursbuch 65, 1981, S. 25.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen ist es auch angebracht und wichtig, auf den Erziehungsbereich einzugehen. Die Frage lautet: Wie haben sich Erziehung und Bildung der letzten Jahrzehnte auf das Zusammenleben der Menschen, insbesondere auf das soziale und politische Zusammenleben, ausgewirkt? Welche Folgen zeigen diese Entwicklungen für die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie?

Das politische Bewußtsein ist in unserer Bevölkerung ohne jeden Zweifel wesentlich wacher als früher. Die Erkenntnis der eigenen Interessen, die Fähigkeit, sie zu organisieren und zu vertreten, die Rechte der Meinungsäußerung und Mitbestimmung zu kennen und wahrzunehmen, Initiativen zu ergreifen, die zahlreichen Rechtswege zu benutzen — diese ganze Seite demokratischer Partizipation ist gewaltig gewachsen. Im Vergleich zu einer teilnahmslosen „Ohne-mich“-Einstellung sehe ich darin einen großen Fortschritt. Dazu hat Erziehung zum kritischen Denkvermögen ohne Zweifel positiv beigetragen. Es ist gut, wenn junge Menschen frühzeitig lernen, sich durch die Werbung von Politik oder Wirtschaft nicht verführen zu lassen, sondern selbst urteilen zu können.

Aber auch etwas anderes ist offensichtlich: Die Pädagogik der letzten Jahre hat den jungen Leuten nicht nur Kritikfähigkeit vermittelt, sondern auch die Gegnerschaft gegen andere. Das geht bis in die Vermittlung des Grundwerteverständnisses. Solidarität wird dabei verstanden als der Kampf der Gleichen mit den Gleichen gegen die Ungleichen. Solidarität ist Kampf gegen Feinde. Gerechtigkeit, so wird gelehrt, herrscht dort, wo *ich* Recht bekomme. Die anderen, so lernt man dabei, sind die kurzsichtigen Egoisten. Wir üben also die Gegnerschaft ein.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr besteht zusätzlich darin, Freiheit mißzuverstehen. Zunächst ging es mit Recht um die Befreiung von Not, von Unrecht und von menschenunwürdiger Abhängigkeit. Das ist der entscheidende, der positive, der notwendige Kern der Befreiung. Dann aber geht diese „Befreiungsbewegung“ weiter. Sie schlägt um in Kampf gegen Bindungen und Pflichten schlechthin. Sie verkennt die alte Einsicht, daß es Abhängigkeiten gibt, die den Menschen entwürdigten, aber daß es auch Bindungen gibt, in denen er überhaupt erst zum Menschen wird. Wenn wir das nicht

begreifen, wenn wir Freiheit mißverstehen als Bindungslosigkeit, dann führt gerade dies am Ende zu einem solchen Hunger nach Bindung, daß die jungen Menschen in Gruppen hineindrängen, in denen das Feindbild selbst zum Bindungsmittel wird.

Es gibt Beispiele der Erziehung zur Gegnerschaft, die zeigen, wohin ideologische Irrwege der Pädagogik führen können. Ich behaupte nicht, daß sie überall verbreitet sind. Aber wichtig genug sind sie leider doch. Da gibt es eine Gewerkschaft in Berlin, die sich selbst „Erziehung und Wissenschaft“ nennt. Sie proklamiert, sie werde die Schulen zu „Foren der Anklage“ gegen eine Politik machen, die diese Gewerkschaft für falsch hält. Was ist die Folge? Bei einer Schuldiskussion tritt mir ein zwölfjähriger Schüler mit dem Bekenntnis entgegen: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ — Eine kurze Nachfrage, was er damit meint, ergibt unter allseitig befreiendem Gelächter, daß er überhaupt keine Ahnung hat, was der Satz bedeutet. Der Lehrer hatte es ihm beigebracht. Die Rede war von einem Urteil eines Oberverwaltungsgerichts zu einer Frage des Straßenbaus.

Ein weiteres Beispiel: Es kommen Erzieher mit zwei- bis vierjährigen Kindern in den Senat für Jugendfragen. Es geht um den Protest gegen die Abschaffung des Nulltarifs für die Kindertagesstätten. Da rufen die Zwei- bis Vierjährigen im Chor: „Wir wollen unsern Nulltarif. Keinen Sechser für Raketen, unsern Kindern die Moneten!“

Kindern politische Sprüche einzuhämmern, die sie nicht verstehen, hat aber weder etwas mit Erziehung noch mit Wissenschaft zu tun, sondern ist ein ziemlich böses Verbrechen.

Ich will damit sagen: Wir müssen mit scharfer Klarheit unterscheiden zwischen der Befreiungsaufgabe, die notwendig ist, und der Bindungslosigkeit, die dem Menschen das Leben zerstört, zwischen der Kritikfähigkeit, die ein Gewinn ist, und ihrem Gegenteil, nämlich dem Eintrichtern und Nachplappern ideologischer Sprüche, dem Gipfel der menschenverachtenden Aufopferung kleiner Kinder zugunsten eigener Ideologie.

Was hat das mit Parteien zu tun? Es ist unsere Aufgabe, zu demjenigen Maß an politischer Verbindlichkeit vorzustößen, das wir um der Menschen und um der freien Gesellschaft willen brauchen.

Wie wichtig das ist, wird auch an einem weiteren Beispiel deutlich: Das Landesarbeitsgericht Hannover entschied Anfang Februar 1982, daß die Teilnahme an einem Kurs für Yoga und autogenes Training Bildungsurlaub im Sinne des entsprechenden Gesetzes sei. Die Begründung: Das Gesetz begünstige die politische, berufliche und die allgemeine Weiterbildung. Diese allgemeine Bildung sei umfassend, also schrankenlos zu verstehen; denn: „eine nähere inhaltliche Bestimmung ist wegen des in einer pluralistischen Gesellschaft fehlenden Konsenses über Bildungsinhalte nicht möglich.“

Ist also gar kein Konsens möglich? Kann jeder den Kindern alles beibringen? Darf man also auch behaupten, derjenige würde autoritär mißhandelt, der dazu genötigt wird, als Baby im Ställchen zu stehen? Vielleicht. Aber deswegen braucht doch noch keiner sich als Reaktionär zu fühlen, wenn er meint, es sei gut zu lernen, Vater und Mutter zu ehren.

Der einzelne bestimmt hier, wohlgermerkt auf Staatskosten, was er für seine allgemeine Bildung braucht. Demnächst wird vielleicht der Konfirmandenunterricht oder die Hausbesetzung oder das Skatspielen unter das Weiterbildungsgesetz fallen. Das ist die Folge, wenn Erziehungsziele und Bildungsinhalte zu gerichtlich bestätigten, reinen Leerformeln werden. Dann strömen die Ideologen und die Idealisten herbei, und am Ende betreiben sie ihr altes Geschäft: Sie wollen den Himmel auf Erden schaffen, aber sie produzieren, wie Karl Popper sagt, die Hölle.

Politisches Bewußtsein, Erkenntnis, Organisation und Vertretung von Interessen — das alles ist stark angewachsen. Insoweit sind wir dem notwendigen demokratischen Ziel der Partizipation näher als früher. Aber das ist nur die eine Hälfte dessen, was lebendige und freiheitliche Demokratie ausmacht. Die andere Hälfte heißt: Neben dem Mitbestimmen auch die Mitverantwortung; neben dem Kampf um die eigenen Rechte auch die Bereitschaft zu Ausgleich und Kompromiß; neben dem Kampf um die Macht auch die Annahme der Mehrheitsentscheidung; neben dem Pochen auf das Mehrheitsrecht auch die Toleranz für Minderheiten und Randgruppen. Der Rechtsstaat darf nicht über den Weg des Rechtswegestaates in die Rechthabergesellschaft ausarten.

Wer Frieden nach außen fordert, der muß auch in der Lage und bereit sein, Frieden nach innen zu geben. Zum Schutz der persönlichen

freiheitlichen Ziele gehört der Schutz der Freiheit des Mitbürgers. Zur Hilfe, die man selbst im Notfall braucht, gehört die Hilfe, die man dem in Not befindlichen Nachbarn auch selber gewährt. Es ist gut, Rechte zum Mitreden zu haben und dort, wo man unterliegt, die Gerichte anrufen zu können bis zur höchsten Instanz. Aber am Ende braucht die Demokratie Entscheidungsfähigkeit. Demokratie kann nicht darin bestehen, jeder Minderheit ein Vetorecht gegen jede Entscheidung zu geben.

Mit einem Wort: Das wichtigste soziale Ziel der Erziehung, und zwar im persönlichen wie im politischen Sinn, ist es, nicht Gegnerschaft zu lernen, sondern miteinander auszukommen, zusammenzuleben. Die ganze Kulturgeschichte der Menschheit ist durchzogen vom Aufbau und von der Weitergabe der mühsam angesammelten Erfahrung, wie man zusammenlebt. Mitten in Frieden und Freiheit sind wir aber hier „ins Schleudern“ geraten, weil wir aus dem Auge verloren haben, daß Interessenvertretung und Rechtswahrnehmung nur funktionieren, wenn sie auf dem Boden der Einsicht in den „common interest“ wachsen.

Gemeinwohl, Gemeinsinn und Bürgersinn, das sind keine aufgepfropften moralischen Forderungen, sondern sie beruhen auf der Einsicht, daß nur mit ihnen der demokratische Bürger seine eigenen freiheitlichen Interessen auf die Dauer erhalten und vererben kann.

Ob die Krise der Parteiendemokratie auch mit der Frage zu tun hat, inwieweit die politische Führung überhaupt befugt ist, Werte und Überzeugungen zu vermitteln und von daher auf Bildungsinhalte einzuwirken, darüber gibt es viel Streit. Im Grunde habe ich diesen Streit nie ganz verstanden. Klar ist doch auf der einen Seite, daß wir in einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft nicht dazu da sind, das Wahre, Gute und Schöne zu dekretieren; das machen Diktaturen. Die Weltanschauung, die Frage des Glaubens gehört nicht zur politischen Zuständigkeit.

Aber auf der anderen Seite weist die Demokratie der Politik verantwortliche Führungsaufgaben zu. Diese Demokratie ist eine tief sozial-ethisch begründete Form des Zusammenlebens. Sie ist kein bloßer Verkehrszirkus. Jede Abstinenz der politischen Führung, die Wertbasis der eigenen Politik erkennbar zu machen und die Einhaltung der sozial-ethischen Grundlagen des Gemeinwesens einzufordern, bringt über kurz oder lang die ganze freiheitliche Demokratie zum Einsturz.

Freilich kann die Politik allein diese Grundlage nicht sicherstellen. Vielmehr werden sich Krise und Chance der Parteiendemokratie nicht zuletzt danach entscheiden, in welchem Verhältnis politische Macht und Geist zueinander stehen. Ein altes, zumeist leidvolles deutsches Thema. Geist, Kunst, Wissenschaft und alles, was sich unter dem etwas unklaren Namen der Intellektuellen vereinigt, haben in traditioneller Weise eine kritische Distanz zur politischen Macht. Das war so in der Kaiserzeit, es war so im Dritten Reich — wenngleich nicht immer spürbar genug —, aber daraus hat sich nun nicht selten eine Haltung entwickelt und verfestigt, die Nein sagt zu allem, was Macht und Ordnung und Staat und Status quo heißt.

Man spielt die Rolle des Anklägers und moralischen Richters gegen die, welche die Macht verwalten. Man ironisiert sie. Je mehr man in früheren Zeiten des Obrigkeitsstaates hätte protestieren sollen, desto mehr wird es heute, wo es so ungeheuer leicht ist, nachgeholt. Wir haben heute aber ein anderes Gemeinwesen, eine demokratische Republik. Seine freiheitlichen Elemente: Opposition, Kritik, Dissens, Minderheitenschutz — sie sind lebensnotwendig. Aber diese Elemente, die sich gegen Pläne und Maßnahmen der gewählten Parlamentsmehrheit und Regierung richten können, bedürfen der Basis einer elementaren Zustimmung und Zuneigung zum demokratischen Staat.

Es ist Aufgabe der Parteien, die Intellektuellen zu diesem Grundkonsens einzuladen und ihn ihnen zu erleichtern. Es gilt einer Gefahr immer wieder entgegenzuarbeiten, die darin besteht, daß kritische Geister sich der Nei-

gung hingeben, über das Unvollkommene auf der Welt zu verzweifeln, sich dann über die eigene politische Abstinenz zu ärgern, danach irgendwo hineinzuspringen, dort ideale Verhältnisse zu fordern, die Verhinderer dieser Idealität zu verteufeln und sich schließlich nach den ersten, unweigerlich fälligen Mißerfolgen wieder zurückzuziehen, nicht ohne die Schuld dafür bei anderen zu suchen und zu finden, aber ohne selbst für nennenswerte Konsequenzen dieses Ausflugs in die Politik die Folgen tragen zu müssen.

Ich teile nicht die Abneigung vieler gegen ein Eingreifen von Intellektuellen in Wahlkämpfe zugunsten einer bestimmten Partei. Ich finde es besser, sie zu integrieren, und sei es auch nur in Wahlkämpfen. Dann kommen sie doch immerhin der Verantwortung, um die es in der Politik geht, ein Stück näher, anstatt immer nur mit freischwebendem Geist moralisch vorzusingen, ohne dort, wo die Dinge sich hart im Raume stoßen, auch den Beweis für die eigene Ethik antreten zu müssen.

Nur einmal hat es in der Nachkriegszeit eine planmäßige und erfolgreiche Bemühung einer Parteiführung um den Geist im Land gegeben. Ich meine Willy Brandt in den sechziger Jahren. Parteipolitisch gesprochen hat das meiner Richtung geschadet. Staatspolitisch, so meine ich, war es etwas strukturell Richtiges.

Ohne Zustimmung und Zuneigung zum demokratischen Staat geht es nicht. Die geistig führende Schicht hat eine elementare Verantwortung, diese herbeizuführen. Wenn Geist und Macht gemeinsam die lebenserhaltende Kraft der Demokratie, nämlich den Gemeinsinn vertreten, dann wird die Krise zu bewältigen sein, in die wir heute tief verstrickt sind.

IX.

Die Nachkriegsgeschichte unserer Demokratie war von sehr unterschiedlichen Phasen gekennzeichnet. In der ersten Phase waren die Werte und Ziele der handelnden Parteien und Politiker recht eindeutig. Zwar gab es auch Streit, aber zumeist doch Klarheit in bezug auf die politischen Entscheidungen. Die bestimmende Gestalt dieser Zeit, Konrad Adenauer, hatte als handelnder Politiker großes staatsmännisches Format. Aber für eine zentrale Aufgabe setzte er seine Kraft und Autorität zu

wenig ein: nämlich die junge, insoweit ungeübte Generation in die Demokratie einzuüben, sie ihr auch menschlich, sozusagen mit Herzblut, nahezubringen. Natürlich war er selber ein tief überzeugter Demokrat. Er warb für politische Konzepte und Entscheidungen. Aber für die Demokratie in diesem Gesamtzusammenhang von Argumenten und Gefühlen bei den jungen Leuten war es zu wenig. Die Jungen blieben überwiegend passiv.

In der nächsten Phase wachten sie auf. Sie brachten sich allmählich die Möglichkeiten demokratischer Partizipation selbst bei. Die politische Führungsschicht nahezu aller Parteien wehrte sich zunächst, um dann oft nur allzu rasch nachzugeben, ja hinterherzulaufen, anstatt Konflikte auch durchzustehen, was ebenfalls zum politischen Geschäft gehört.

Dies ist gewiß sehr pauschal gezeichnet und wird vielen einzelnen Persönlichkeiten nicht gerecht. Dennoch können wir daraus eine Lehre ziehen: Die wichtigste Chance zur Überwindung der Krise liegt darin, den Führungsauftrag auch wahrzunehmen, zu dem man gewählt ist. Das heißt: nicht dem französischen Spruch zu folgen „Je suis leur chef, il faut que je les suive“, sondern voranzugehen: Nicht den Strömungen hinterherlaufen, sondern auf ihre Richtung Einfluß nehmen!

Wir brauchen Führung. Wir brauchen vielleicht in der Demokratie noch mehr Führung, als viele Leute meinen, daß es der Name Demokratie vertrage. Führen heißt doch nicht, so zu tun, als wisse man alles, nur deshalb, weil man gewählt sei. Es gibt vieles, vielleicht die Mehrzahl der Dinge, die die gewählte politische Führung überhaupt erst im Amt lernt. Im übrigen gibt es Aporien, die gar nicht auflösbar sind. Ein Beispiel: Was ist die Wahl: Ohne Waffen dazustehen und sich der Unterwerfungsgefahr auszusetzen, oder sich mit Waffen und der damit verbundenen Rüstungsspirale zu schützen — und wie lange funktioniert dann die Abschreckung noch? Die Wahrheit ist, daß der Friede prekär ist und keine sichere

Sache. Das muß man auch sagen! Wenn man es sagt, dann ist es auch möglich, verständlich zu machen, daß man in der politischen Führung die Verantwortung dafür fühlt, die Freiheit zu schützen, sie zu verteidigen, obwohl die Mittel der Verteidigung gefährlicher Natur sind.

Ein weiteres Beispiel: Unser soziales Sicherungssystem ist eine große Errungenschaft. Aber erwirtschaften wir auch das, was wir brauchen, um zu finanzieren, was wir versprochen haben?

Oder der technologische Fortschritt: Wir wissen, daß die Rationalisierung schneller wächst als das Brutto-Inlandsprodukt. Die Folge ist: Das Angebot an Arbeit bleibt hinter der Nachfrage nach Arbeit nachhaltig — strukturell — zurück. Deshalb ist es nötig, die Begriffe, die Verhandlungsgegenstände unter Tarifpartnern neu zu durchdenken. Wir brauchen neue Einkommensbegriffe, es genügt nicht mehr, sich allein über Lohn und Gehalt zu einigen. Die Arbeitszeit und die Vermögensbeteiligung z. B. gehören mit in den Einkommensbegriff, wenn tiefgehende strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt auch in derjenigen Tiefe angepackt werden sollen, in der sie entstehen. Mit anderen Worten: Nicht behaupten, daß man alles gleich wisse, die Aporien beim Namen nennen und nicht vertuschen, und die Dinge, von denen man weiß, daß die Zukunft durch sie bedroht ist, offen ansprechen, anstatt sie im Parteienwettbewerb konspirativ zu verschweigen — das alles ist möglich und nötig.

X.

Ich will keine Prognose wagen. Ich weiß nur, daß die Krise tief ist, in der wir uns befinden. Es sei erlaubt, aus meiner eigenen Erfahrung in den letzten Jahren zu berichten: Ich hatte gerade den Auftrag angenommen, einen Beitrag in einem Verfassungshandbuch über die Parteien zu schreiben. Ich habe den Herausgebern gesagt: „Wenn ich diesen Artikel schreiben soll, dann werde ich einen sehr skeptischen Artikel schreiben. Mir fehlt zur Zeit der Glaube an die Überlebensfähigkeit der Parteiendemokratie.“ Kurz darauf begab es sich, daß ich mich in Berlin, vor eine neue Aufgabe gestellt, wiederfand. Für Buchmanuskripte ist keine Zeit mehr. Jetzt bin ich gewissermaßen genötigt, in der Praxis zu widerlegen, was ich theoretisch befürchtet hatte.

Ein offenes, ein freies System, und nur dieses, besitzt Lernfähigkeit. Gern lernt die Menschheit nicht. Manchmal bedarf es zur rechtzeitigen Hilfe kleinerer Katastrophen, damit über die Unwilligkeit zum Lernen hinweggeholfen wird, bevor die großen Katastrophen kommen — die es unter allen Umständen zu vermeiden gilt.

Krisen sind Zeiten der Entscheidung und der Unterscheidung. Andere werden uns nicht helfen. Wir werden uns nur selbst helfen. Aber wir können vielleicht von anderen lernen, zum Beispiel von den Chinesen. Denn es heißt, die Chinesen hätten ein und dasselbe Schriftzeichen für die Krise und für die Chance.

Politische Kultur

Zur Geschichte eines Problems
und zur Popularisierung eines Begriffs

In der Bundestagsdebatte vom 1. Oktober 1982, die der Abstimmung über den konstruktiven Mißtrauensantrag vorausging, befürchtete der FDP-Abgeordnete Gerhart Baum, daß „das Verfahren, das zu der beantragten Abwahl des Bundeskanzlers Helmut Schmidt geführt hat, ... eine tiefgreifende Veränderung der *politischen Kultur* (Hervorh. v. Verf.) bewirken“ kann. Und die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher meinte in ihrem leidenschaftlichen Appell: „Zweifellos sind die beiden sich bedingenden Vorgänge (des konstruktiven Mißtrauensvotums, d. Verf.) verfassungskonform! Aber sie haben nach meinem Empfinden das Odium des verletzten demo-

kratischen Anstands. Sie beschädigen quasi die moralisch-sittliche Integrität von Machtwechseln. Mit beiden sollten wir sehr behutsam umgehen — angesichts unserer immer noch schwach entwickelten *politischen Kultur*“ (Hervorh. v. Verf.). Eine Deutung, die den CDU-Abgeordneten H. Geißler veranlaßte, von einem „Anschlag auf unsere Verfassung“ zu sprechen. — Was ist mit „politischer Kultur“ gemeint? Woher kommt dieser Ausdruck, der erst seit kurzem in unserer politischen Sprache geläufig ist, während ihn die Politische Wissenschaft schon länger kennt und — wenn auch hierzulande zögernd — benutzt?

I. Zur Vorgeschichte

Die Sache selbst ist alt, auch als Gegenstand der Wissenschaft. Vergleichsweise neu ist nur der Begriff, sind die mit ihm entstandenen analytischen Konzeptionen, Forschungsarbeiten und -programme. Fehlte auch dieser Begriff, gibt es doch eine Vorstellung von politischer Kultur so lange wie Menschen über Politik reden und schreiben. Daran hat erst kürzlich Gabriel A. Almond zu Recht erinnert¹⁾. Damals wie heute werden gesellschaftliche Großgruppen, seien es ganze Völker (Nationalcharakter) oder die Bewohner bestimmter Regionen, Landschaften und Städte, seien es ethnische Minderheiten, Eliten, Klassen oder bestimmte Altersgruppen nach soziokulturellen Eigenschaften, spezifischen Merkmalen ihres Zusammenlebens unterschieden. Schon die Griechen entwickelten eine Art zyklischer Theorie des politischen Wandels und erklärten den Aufstieg und Verfall politischer Verfassungen mit Hilfe von sozial-psychologi-

schen Begriffen. Almond selbst sieht in Aristoteles' Konzeption einer Mischverfassung (von oligarchischen und demokratischen Elementen) mit dominierender Mittelklasse einen Vorläufer des von ihm und Sidney Verba geprägten Typs der „Civic Culture“²⁾. Auch für Machiavelli, Montesquieu oder de Tocqueville — um nur diese Klassiker der vergleichenden politischen Soziologie zu nennen — stellte sich das soziokulturelle bzw. soziopsychische Korrelat politischer Institutionen und Verfassungen als Kernfrage der Stabilität und des Wandels jeder politischen Herrschaftsordnung. Vor allem aber die Mitbegründer der modernen Sozialwissenschaften und ihrer paradigmatischen Interpretationsansätze — Marx, Freud und Max Weber — haben grundlegende und immer wieder anregende theoretische und methodologische Voraussetzungen (auch) für die moderne empirische politische Kulturforschung geschaffen. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß bereits Max Weber — wenn auch eher beiläufig — den Ausdruck „politische Kultur“ benutzt hat, also lange bevor Almond ihn einführte³⁾.

¹⁾ Gabriel A. Almond, *The Intellectual History of the Civic Culture*, in: G. A. Almond/S. Verba (Eds.), *The civic culture revisited*, Boston/Toronto 1980, S. 1ff.

Eine gekürzte und erheblich veränderte Fassung dieses Beitrages erscheint in H. 59/1982 der „vorgänge“.

²⁾ Ebd., S. 4.

³⁾ Max Weber, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis* (1904),

Schon Marx hatte in seiner materialistischen Geschichtsauffassung und ihrem Kernstück, der Basis-Überbau-These, das komplizierte Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein thematisiert und dabei keineswegs dieses nur aus jenem deduziert, sondern sich auch mit den sozialen Folgen ideologischen Bewußtseins beschäftigt, als Max Weber mit seinen großen vergleichenden Untersuchungen über die „Protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“ und die „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ nachzuweisen versuchte, daß Wertorientierungen und Ideen die Katalysatoren für den Wandel von ökonomischen Strukturen und politischen Institutionen sein können. Hatte Marx in seinen Frühschriften geschrieben: „Die ‚Idee‘ blamierte sich immer, soweit sie von dem ‚Interesse‘ unterschieden war“, faßte Weber seine Position in die programmatische Formulierung, die ihn durchaus in die Nähe von Marx rückt: „Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die Weltbilder, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“⁴⁾ Diese Sätze würden auch einer gesellschaftstheoretisch fundierten politischen Kulturforschung gut anstehen. Sie müßte allerdings zunächst ihre vielfältigen konzeptionellen Beschränkungen und normativen Implikationen offenlegen und selbstkritisch thematisieren.

Tatsächlich hat ja diese in den fünfziger Jahren in den USA entstandene Forschungsrichtung nicht nur unzweifelhaft beachtliche Ergebnisse hervorgebracht, ihr sind bis heute auch gewisse Schwächen eigen. Geburtsfehler, die zeithistorische Bedingungen ihrer Entste-

in: ders., Ges. Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1968³, S. 158; vgl. hierzu auch Hans Peter Thurn, Kultursoziologie — Zur Begriffsgeschichte der Disziplin, in: KZfS, H. 3 (1979), S. 422 ff. (bei dem sich der Hinweis auf die Verwendung des politischen Kultur-Begriffs durch M. Weber findet: S. 447/Anm. 66); ferner Wolfg. J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890—1920, Tübingen 1974².

⁴⁾ Max Weber, Ges. Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 1920, S. 252; vgl. dazu vor allem Constans Seyfarth/Walter M. Sprondel (Hrsg.), Seminar: Religion und gesellschaftliche Entwicklung, Studien zur Protestantismus-Kapitalismus-These Max Webers, Frankfurt M. 1973; zum Vergleich von Marx und M. Weber besonders Veit Michael Bader u. a., Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, 2 Bde., Frankfurt M. 1976 (1980²); Johannes Weiß, Das Werk Max Webers in der marxistischen Rezeption und Kritik, Opladen 1981.

hung widerspiegeln, und damit natürlich auch die Prämissen und Positionen ihrer Protagonisten. Nach der Zerstörung parlamentarisch-demokratischer Systeme durch den Faschismus in Europa und angesichts der politischen Instabilität in vielen Teilen der Welt wurde die Frage der Stabilität politischer Systeme und der Steuerung ihres Wandels zu einem vorrangigen Problem, zumal für die Super- und Interventionsmacht USA. Mit den herkömmlichen, an politischen Institutionen, Rechtssystemen und Verfassungsordnungen orientierten Konzepten und Methoden der Politischen Wissenschaft war aber diesen Problemen nicht beizukommen.

Vor diesem Hintergrund ist die auf einen Vorschlag G. Almonds zurückgehende Einführung des Begriffs „politische Kultur“ zu sehen. Er war zunächst nicht viel mehr als ein diffuser Sammelbegriff für politische Orientierungen, Einstellungen, Wertüberzeugungen etc. Sein analytischer Vorzug wurde jedoch darin gesehen, daß er weder mit dem Begriff der allgemeinen Kultur noch mit dem des politischen Systems zusammenfällt. „Politische Kultur“ ist gleichsam das *subjektive Ambiente* des politischen bzw. Herrschaftssystems, wobei man je nach räumlich/zeitlicher Ausdehnung dieses Ambientes bzw. je nach den sozialstrukturellen Merkmalen des kollektiven Trägers von politischer Kultur zwischen — historisch wandelbaren — national-, regional- und großgruppenspezifischen politischen Orientierungen unterscheiden muß.

In der Forschungspraxis hat sich dann rasch — nicht zuletzt unter dem Einfluß der „Civic-Culture“-Studie — ein zweidimensionaler Begriff von politischer Kultur durchgesetzt. Diese inzwischen weit verbreitete Operationalisierung unterscheidet kollektive (d. h. aggregierte) politische Orientierungen von Individuen einmal nach *verschiedenen Objektbereichen* (politisches System als Ganzes, Output- [z. B. Gesetze; Verwaltung], Inputstrukturen [z. B. Parteien] und Ego) und zum anderen nach der *Art der Orientierung* (kognitiv, affektiv, bewertend). Im Hinblick auf komparative und kumulative Forschung kann man diesen Rahmen weiter konkretisieren und differenzieren, wie das Kaase kürzlich vorgeschlagen hat⁵⁾.

⁵⁾ Max Kaase, Sinn und Unsinn des Konzepts Politische Kultur für die vergleichende Politikforschung. Oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: M. Kaase/Hans D. Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Politische Kultur: Studien zur Bundestagswahl 1980, Opladen 1982.

II. Zur Karriere eines umstrittenen Begriffs

Die ersten Ansätze, den Begriff der politischen Kultur hierzulande einzuführen und ihn für die empirische Politikforschung nutzbar zu machen, liegen aber bereits zehn und mehr Jahre zurück⁶⁾. Sie fielen in eine Zeit, die — politisch gesehen — im Zeichen von Umbruch und Aufbruch stand. „Mehr Demokratie wagen“ und „Reformen“ hießen die Losungen. Eine Zeit, in der die zweite und dritte Politologengeneration der Nachkriegszeit Anstrengungen unternahm, über eine intensive und kritische Rezeption insbesondere der amerikanischen Politikwissenschaft an die internationale Wissenschaftsentwicklung Anschluß und zugleich ihre eigene Identität zu finden⁷⁾.

Doch blieb nicht nur das Konzept der politischen Kultur in der politikwissenschaftlichen Forschung weitgehend folgenlos. Auch der Begriff selbst fand zunächst keinen Eingang in die politische Sprache. Das ist um so erstaunlicher, als ja gerade die Erforschung der Geschichte der deutschen politischen Kultur aufgrund der folgenschweren Verschränkung von politisch-kulturellen Kontinuitätslinien und politischen Zäsuren ein wissenschaftliches Desiderat und eine politisch-moralische Herausforderung ohnegleichen darstellt.

Erst Ende der siebziger Jahre trat hier eine Veränderung ein. „Politische Kultur“ wurde nun schnell auch als umgangssprachlicher Ausdruck populär — mit einer systemkriti-

schen und aufklärerischen Stoßrichtung: Die erhoffte gesellschaftliche Demokratisierung war steckengeblieben, ja sie drohte zeitweilig ins Gegenteil umzuschlagen. In kritisch-wertender Absicht beschrieb und analysierte die Neue Linke daher beispielsweise die Radikalerlaß-Praxis, die Terrorismusbekämpfung, die Ausgrenzung und Kriminalisierung der vielfältigen Protestbewegung als einen (historisch begründeten) Mangel an politischer (und das hieß in diesem Zusammenhang selbstverständlich: demokratischer) Kultur⁸⁾. Kaum überraschend, daß diese Ansichten und Analysen kontrovers waren und es wohl auch bleiben. So macht die Linke für den von ihr konstatierten Mangel traditionell wie aktuell die Rechte verantwortlich. Sie kann dabei ohne Zweifel auf ein recht erdrückendes Beweismaterial verweisen, vor allem dann, wenn man auf den „deutschen Sonderweg“ und seine Nachwirkungen blickt⁹⁾. Demgegenüber warnt die Rechte vor der Gefährdung oder gar schon Zerstörung der politischen Kultur durch die Linke, gerät dabei allerdings leicht in Beweisschwierigkeiten. Gleichwohl stellen politische Kulturforscher und die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik deren politische Kultur — ganz im Sinne der Modell-Deutschland-Ideologie — inzwischen westlichen Vorbildern als gleichwertig, ja als überlegen hin¹⁰⁾. Hier wird sichtbar, daß „Politische

⁶⁾ Vgl. vor allem Dirk Berg-Schlosser, *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München 1972; Klaus v. Beyme, *Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*, überarb. Neuausg. München 1980 (1972); Patrick Dias, *Der Begriff „Politische Kultur“ in der Politikwissenschaft*, in: D. Oberndörfer (Hrsg.), *Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung*, Berlin 1971, S. 409—448; Gerhard Lehmbuch, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen 1967; Wolf-Dieter Narr, *Theoriebegriffe und Systemtheorie*, Stuttgart 1969, S. 141 ff.

⁷⁾ Siehe die beiden hinsichtlich Darstellung, Analyse und Bewertung sehr unterschiedlichen Publikationen von Bernhard Blanke u. a., *Kritik der Politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft*, 2 Bde., Frankfurt M. 1975, und Hans-Joachim Arndt, *Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik*, Berlin 1978; vgl. dazu auch die Diskussion in der *Politischen Vierteljahresschrift (PVS)*, die 1979 und 1980 zwischen E. Faul, Th. Ellwein, O. Massing, M. Hättich, H. J. Arndt und H. Kastendiek geführt wurde.

⁸⁾ Vgl. Heinz Brüggemann u. a., *Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland*, Berlin 1978; Peter Brückner, *Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären*, Berlin 1978; Eberhard Knödler-Bunte u. a. (Hrsg.), *Normalzustände. Politische Kultur in Deutschland*, Lesebuch, Berlin 1978.

⁹⁾ Vgl. Bernd Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33/81 v. 15. 8. 1981, S. 3—21; siehe auch die Kontroverse um D. Blackburn/ G. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt M./Berlin 1980 u. a. mit Beiträgen von H. Möller, *Deutscher Sonderweg — Mythos oder Realität? Ein Colloquium im Institut für Zeitgeschichte*, in: *VfZG*, 30. Jg. (1982), S. 169 ff.; Hans-Ulrich Wehler, *Deutscher Sonderweg oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus*, in: *Merkur* Nr. 396 (Mai 1981), S. 478 ff.; Heinr. August Winkler, *Der deutsche Sonderweg. Eine Nachlese*, in: *Merkur* Nr. 399 (Aug. 1981); Dieter Lange-wiesche, *Entmythologisierung des „deutschen Sonderweges“ oder auf dem Wege zu neuen Mythen?*, in: *AfS*, XXI. Bd. (1981), S. 527 ff.

¹⁰⁾ So mit zahlreichen Veröffentlichungen vor allem David P. Conradt, *German Polity*, New York/London 1978; ders., *Changing German Political Culture*, in: *Almond/Verba*, a. a. O., S. 212—272; vgl. neuerdings

Kultur" — wie andere Grundbegriffe unserer politisch-gesellschaftlichen Sprache auch — jenseits aller abstrakten Definition, empirisch-analytischen Operationalisierung und vielleicht universalen Anwendung ein Kampf-begriff ist. Dies wird nur der als Manko oder anstößig empfinden, der bedauert oder bestreitet, daß Politik auch im Streit um politische Begriffe zum Ausdruck kommt.

Daß der Ausdruck „Politische Kultur“ erst spät in unsere politische Alltagssprache und gerade durch die Linke Eingang gefunden hat, hängt auch damit zusammen, daß er aus zwei für sich schon recht bedeutungsschweren Begriffen zusammengesetzt ist und unseren Ohren eigentlich fremd klingt. Denn zwischen Politik und Kultur besteht ja in Deutschland ein Spannungsverhältnis, eine Unvereinbarkeit, die ihrerseits in unmittelbarem Zusammenhang mit der so folgenschweren Demokratiefindschaft gesehen werden muß. Bei uns ist der Kulturbegriff traditionell eingeschränkt und durch die Dichotomien von Kultur und Zivilisation, von Kultur und Alltagswelt sowie von Kultur und Massenkultur geprägt¹¹⁾. Kultur hat hierzulande bis zum heutigen Tage ihren elitären Zuschnitt nicht verloren. Sie galt lange ausschließlich als Inbegriff geistig-künstlerischer Werte und Tätigkeiten und wird bis heute als etwas Politikfernes verstanden. Die Idealisierung der Kulturtradition, die Stilisierung Deutschlands zur Kulturnation haben der Bourgeoisie Selbstbewußtsein vermittelt und dem imperialistischen Machtanspruch des wilhelminischen Kaiserreichs Legitimation verschafft. Kulturidealismus als Ersatz für eine vom Bürgertum nicht hervor-gebrachte politisch-demokratische Kultur.

Andererseits wird Politik hierzulande traditionell weniger der Gesellschaft zugeordnet, sondern vielmehr auf den Bereich von Staat und Regierung eingeschränkt und vor allem institutionell begriffen¹²⁾. *Kultur-politik* — als staatliche Subventionierung der schönen Künste — in dieser Reihenfolge ist die Wortver-

bindung von Kultur und Politik geläufig. Aber *politische* Kultur? Dieser Ausdruck hat in Deutschland einen fremden Klang. Auch deshalb, weil „Politik“ — im Gegensatz zum positiv wertbesetzten Kulturbegriff — eher einen negativen Beiklang besitzt. Seit den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft wurde das Politische immer wieder negativ bewertet, das Unpolitische, Geistig-Kulturelle dagegen positiv gesehen. Hier entsteht die Tradition des unpolitischen Deutschen. Ihren Höhepunkt stellt wohl Thomas Mann mit seinen 1918 erschienen gleichnamigen „Betrachtungen ...“ dar. Die antidemokratische, antirepublikanische Kritik der militanten Rechten nahm er gleichsam vorweg. Mit seiner großen Rede „Von deutscher Republik“ steht derselbe Thomas Mann andererseits für die Möglichkeit einer Wende dieser Tradition. Doch schon in den frühen Weimarer Jahren zeigte sich, daß die demokratisch-republikanischen Kräfte, zumal mit ihrem Hauptträger, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, gegenüber den sich schnell wieder formierenden Feinden der Republik auf der Rechten zu schwach waren. Der völkisch-nationalistische Kult galt in jenen Jahren viel, republikanische politische Kultur immer weniger. Die Tradition der Unvereinbarkeit von Politik und Kultur steht also in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der so folgenschweren Demokratiefindschaft in Deutschland — zentrale Elemente der „deutschen Ideologie“.

So wird verständlich, daß die Karriere des politischen Kulturbegriffs mit der innenpolitischen Aktualisierung des Demokratieproblems und seiner kritischen Analyse durch die Neue Linke etwa Mitte der siebziger Jahre begann. Dabei hat sich die alltagssprachliche Popularisierung über das traditionelle, inzwischen aber doch abgeschwächte begriffs- und realgeschichtliche Spannungsverhältnis von „Politik“ und „Kultur“ schnell hinweggesetzt. Ebenso wenig konnte der kürzlich zwischen Politologen unterschiedlicher Denktraditionen und Forschungsrichtungen geführte Streit über „Sinn oder Unsinn des Konzepts ‚Politische Kultur‘ an der schlichten Tatsache etwas ändern, daß es gar nicht mehr wездiskutieren ist¹³⁾. Andererseits scheint der Zeitpunkt

auch Kendall L. Baker u. a., *Germany transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge/Mass. 1981.

¹¹⁾ Vgl. dazu vor allem Ina-Maria Greverus, *Kultur und Alltagswelt. Eine Einführung in Fragen der Kultur-anthropologie*, München 1978; Hans Peter Thurn, a. a. O.; Dieter und Karin Claessens, *Kapitalismus als Kultur*, Frankfurt M. 1979.

¹²⁾ Vgl. vor allem Volker Sellin, *Politik*, in: O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck (Hrsg.), *Geschichtl. Grundbegriffe. Hist. Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. IV, Stuttgart 1978, S. 789—874.

¹³⁾ Vgl. die Diskussion in der Politischen Vierteljahresschrift mit den Beiträgen von Heide Gerstenberger und Dirk Berg-Schlosser, in: H. 1/1981, S. 117 ff. u. 110 ff.; Kurt L. Shell und Jakob Schissler, in: H. 2/1981, S. 195 ff. u. 204 ff., sowie Peter Reichel, in: H. 4/1980, S. 382 ff. und in: H. 4/1981, S. 415 ff., sowie die Referate und Diskussionsbeiträge des von der Redaktion der PVS und der Akademie für Politische

für die Frage nach seiner forschungspraktischen Bewährung zumindest hierzulande verführt. So kommt die teilweise herablassend geführte Diskussion darüber, ob man Begriff und Konzept der „politischen Kultur“ nun anwenden soll oder besser nicht, einerseits zu spät und andererseits noch zu früh. Läßt man aber einmal alle Überheblichkeit und allen Übereifer beiseite und reduziert diesen Streit auf seinen sachlichen Kern, dann zeigt sich, daß es vor allem um die Frage geht, ob man an einem engen Begriff von „politischer Kultur“ festhalten oder ihn zugunsten eines weiter gefaßten aufgeben soll.

Auf der einen Seite steht der oben skizzierte engere, auf kollektive politische Orientierungen von Individuen bezogene Begriff. Er ist forschungspraktisch vergleichsweise gut handhabbar und dominiert auch in der bisherigen (vorwiegend amerikanischen) empirischen Forschung. Wegen seiner diversen Implikationen, besonders seiner vorgeblichen Wertfreiheit und seiner gesellschaftstheoretischen Kurzsichtigkeit, ist er allerdings auch immer wieder kritisiert worden. Sei es, daß man seine politisch-normativen Prämissen, die Option für die anglo-amerikanische politische Kultur als Wertmaßstab und die systemtheoretisch bedingte Verengung seines Politik- und Demokratiebegriffs auf Gleichgewicht, Integration und Stabilität, kritisiert hat. Sei es, daß ihm psychologischer Reduktionismus, Strukturfeindlichkeit und fehlende historische Dimensionierung vorgeworfen wird¹⁴).

Diesem engen steht ein weiter gefaßter Begriff gegenüber. Er ist fraglos von geringerer

Trennschärfe, steht gewiß auch in der Gefahr, zu einem konturenlosen „catch-all“ Terminus zu werden, aber er ist von größerer Wirklichkeitsnähe. Politische Orientierungen sind ja kein sozusagen freischwebendes Phänomen, sondern stehen in einem engmaschigen Kontext von sozialstrukturellen, institutionellen, situativen und sozialisationsgeschichtlichen Faktoren. Ihrerseits beeinflussen Orientierungen politisches Verhalten, aber nicht exklusiv, sondern neben und in Verbindung mit anderen, z. B. situativen Faktoren. Dies legt die analytische Unterscheidung zwischen politischen Orientierungen und politischem Verhalten und ggf. weiteren Differenzierungen und theoretischen Begründungen nahe, aber nicht notwendig den Verzicht auf die Variable politischen Verhalten im Konzept der politischen Kultur überhaupt. Zudem erscheint es sinnvoll, politische Orientierungen über die schon genannten beiden Dimensionen (Art und Objektbereich) hinaus weiter zu differenzieren und zwischen konkreten, aktuellen und vergleichsweise kurzfristigen Orientierungen, die sich auf politische Ereignisse und Akteure etc. beziehen, sowie allgemeinen, grundlegenden und relativ dauerhaften politischen Wertorientierungen (z. B. sozialistisch, konservativ etc.) andererseits zu unterscheiden¹⁵).

Die Auffassung, daß in jeden sozialwissenschaftlichen Erklärungsansatz, also auch in jedes politische Kultur-Konzept — ob es nun enger oder weiter gefaßt wird —, normative Prämissen eingehen, die vor jeder historisch-empirischen Analyse begründet sein müssen, sollte wohl selbstverständlich sein, ist aber bekanntlich auch fünfzehn Jahre nach Beginn der Diskussion über den Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse keineswegs unumstritten. Mit Blick auf die leidvollen Erfahrungen unserer Geschichte gibt es gute Gründe, Selbst- und Mitbestimmung zum Wertmaßstab für die Beurteilung von politischer Kultur in Industriegesellschaften zu machen — mit H. Marcuse, radikaldemokratisch verstanden, umfassende Prämissen. Wie das dem Aggregationsmechanismus der „one man one vote“ zeigt, zugrunde liegende Gleichheitsprinzip zeigt, kommt aber auch die vor allem mit Repräsentativumfragen arbeitende politische Kulturforschung keineswegs ohne normative Prämisse aus. Wenn aber kein kulturwissenschaftliches Konzept auf Wertbezüge verzich-

Bildung in Tutzing vom 1. bis 3. März 1982 veranstalteten Symposions „Politische Kultur“ — Zum begrifflich-konzeptionellen Aspekt, von M. Kaase; D. Berg-Schlosser; K. L. Shell; K. Sontheimer; H. G. Schumann; M. R. Lepsius; W. Gessenharter; Chr. Fenner; E. A. Roloff; J. Schissler; G. Behrmann. (Soweit Papiere vorgelegt wurden, sind sie erhältlich bei der Redaktion der Pol. Vierteljahresschrift, Bürgerstr. 15, Universität-GHS Duisburg.)

¹⁴ Zur Kritik siehe vor allem — außer der in Anm. 5 genannten Literatur — jetzt die Beiträge von Carole Pateman (The Civic Culture: A Philosophic Critique) und Jerzy Wiatr (The Civic Culture from a Marxist-Sociological Perspective), beide in: Almond/Verba a. a. O.; ferner: David Elkins/Richard E. B. Simeon, A Cause in Search of its Effect, or What does Political Culture explain?, in: Comparative Politics, Vol. 11 (1979), S. 127—145; ausführlicher zur Kritik des politischen Kultur-Konzepts habe ich mich in meinem Buch: Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981 (UTB 1037), und in: M. u. S. Greiffenhagen/R. Prätorius (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1981, S. 319 ff., geäußert.

¹⁵ So Franz Urban Pappi/Edward O. Laumann, Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: Zs. f. Soziologie, Jg. 3 (1974), S. 158—188.

ten kann, dann sollte man den Streit über den jeweils und ja keineswegs willkürlich gewählten Wertbezug nicht einfach mit dem Streit über die analytische Fruchtbarkeit des Konzepts vermischen (G. C. Behrmann).

Ich möchte daher dafür plädieren, allen einstweilen noch bestehenden konzeptionellen Mängeln und forschungspraktischen Schwierigkeiten zum Trotz an einem erweiterten, normativ explizit fundierten, systematisch und historisierend auf die gesellschaftliche Totalität von politischer Kultur zielenden Begriff festhalten, was die sozialstrukturelle Differenzierung zwischen verschiedenen/gegenseitlichen politischen Teilkulturen einschließt. Er könnte den Rahmen und das Fundament dafür abgeben, daß sich langfristig die mehr oder minder getrennt und nebeneinander arbeitenden Teilbereiche der politischen Sozialisations-, Wert-, Einstellungs- und Verhaltensforschung zu einer sozialwissenschaftlichen Forschungsrichtung von Gewicht integrieren lassen. Unter politischer Kultur in diesem Rahmen wären dann die für eine Gesellschaft insgesamt oder gesellschaftliche Großgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen Anschauungs- und Verhaltensmuster zu verstehen, die einerseits mit den in eine oder mehrere Großgruppe(n) eingebundenen individuellen Lebensgeschichten und Sozialisationsprozessen und andererseits mit der nationalen Ereignisgeschichte und ihren Strukturbedingungen eng verknüpft sind.

Ein weiter gefaßter politischer Kultur-Begriff besteht so gesehen aus mehreren Elementen. Ein darauf aufbauendes Forschungskonzept muß also zahlreiche und auch wechselnde Variablen integrieren, zwischen denen selbst vielfältige Abhängigkeitsbeziehungen bestehen, die mittels Hypothesen theoretisch begründet werden müssen (z. B. Zusammenhang von Wertorientierungen, Einstellungen, Situation und Verhalten). Politische Kultur als Ganzes genommen, wenn auch in sich strukturiert, kann darüber hinaus je nach Fragestellung und Forschungsinteresse einmal als *abhängige* und zum andern als *unabhängige Variable* aufgefaßt und behandelt werden¹⁶⁾. Sie wird als unabhängige Variable benutzt, wenn sich — wie bei Almond und Verba — das Interesse primär auf die Erhaltung von politi-

scher Ordnung oder auf die Einleitung von kontrolliertem politischen Wandel richtet. Die Entstehungsbedingungen und Dynamik von politischer Kultur, ihr Prozeßcharakter, werden dabei aber vernachlässigt oder gar nicht beachtet. Politische Kultur wird vielmehr als gegeben angenommen und erhält hier die Qualität und Funktion einer „Stabilitätsreserve“ für das Herrschaftssystem. Durch (gegeben!) innere Widersprüche kann politische Kultur aber auch politischen Wandel bzw. den Zusammenbruch eines politischen Systems fördern, so beispielsweise dann, wenn — wie im Fall der Weimarer Republik — zwar eine demokratische Verfassung vorhanden ist, bei einem Großteil der Bevölkerung aber keine entsprechenden Verhaltensdispositionen bestehen. Ein Beispiel, das weitere Fragen aufwirft, wenn man darüber hinaus die über dreißigjährige Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik betrachtet. Ist ein vollständig homogenes Muster von Autoritäts- und Demokratievorstellungen oder sind eher heterogene Einstellungs- und Verhaltensmuster, eine Mischung von verschiedenen, nebeneinander bestehenden Teil- oder Subkulturen, stabilitätsverbürgend?

Fragt man aber nach den Entstehungsbedingungen und der Entwicklung von politischer Kultur, erhält sie den Status einer abhängigen Variable. Sie fungiert nun nicht als Erklärungskonzept, sondern ist selbst Gegenstand der Erklärung bzw. Beschreibung. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse von Lern- und Sozialisationsprozessen, wobei dem psychologischen Mechanismus der Identifikation, d. h. die Übernahme und Verinnerlichung von realen oder vorgestellten Eigenschaften einer Person (politische Eliten, Führer) oder von Zielen und Eigenschaften einer Gruppe, Organisation (Partei, Bewegung), besondere Bedeutung zukommt. Das Motiv ist bei beiden Identifikationstypen dasselbe: Auf der Grundlage gewisser Ähnlichkeiten bzw. Übereinstimmungen (Nationalität, soziale Herkunft, Bildung, Alter etc.) identifizieren sich Menschen mit einem politischen Führer, einer politischen Organisation, weil sie sich dessen/deren Macht, Ansehen, Ideen etc. anzu eignen wünschen.

Daß beide Fragerichtungen und Anwendungen des politischen Kultur-Ansatzes sorgfältig unterschieden werden müssen, aber bei intertemporal bzw. interkulturell vergleichenden Untersuchungen sinnvoll zu einem komplexen Forschungskonzept verknüpft werden

¹⁶⁾ Vgl. hierzu und zum folgenden Lowell Dittmer, *The Comparative Analysis of Political Culture*, in: ZENAF (Hrsg.), *Political Culture in the United States in the Seventies: Continuity and Change*, Conference Report, Universität Frankfurt 1981, S. 3ff.

können, liegt auf der Hand. Forschungsstrategisch würde dies etwa für eine Darstellung und Analyse der politischen Kultur in Deutschland bedeuten, zunächst die Entstehung und Befestigung spezifischer kollektiver Identifikationsmuster zu rekonstruieren (politische Kultur als abhängige Variable), um sie sodann zur Miterklärung beispielsweise des

Zusammenbruchs der Weimarer Republik oder auch einer bestimmten bzw. unterlassenen oder verhinderten Regierungspolitik heranzuziehen¹⁷⁾. Die nachfolgenden Ausführungen können keine Einlösung dieser Strategie sein. Sie sind vielmehr als Illustrationen für die hier skizzierte Konzeption und Vorgehensweise zu lesen.

III. Industrialisierung ohne Demokratisierung Zur Entstehung antidemokratischer Traditionen

Unser politisches Zeitbewußtsein scheint vielfältig gebrochen. Jedenfalls lassen Vergangenheitslast und Zukunftsangst ein Bewußtsein für eine offene, positiv gestaltbare Gegenwart nur schwer entstehen. In eigentümlicher Weise vermischen sich sehr unterschiedliche Strömungen: Perspektivlosigkeit und ostentative Selbstzufriedenheit, Protest und Konformismus, kritisches Interesse an der Geschichte und kommerzialisierte Nostalgie¹⁸⁾.

Mehr als dreißig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, fünfzig Jahre nach der sogenannten Machtergreifung, ist die Last der Vergangenheit (H. Mommsen) kaum abgetragen. Immer wieder holt eine mehr verdrängte als bearbeitete Vergangenheit unsere Gegenwart ein: Die Hitler-Welle, das Preußen-Jahr oder die erst kürzlich wieder einmal geführte Debatte über die Identität des geteilten Deutschland als Nation machen das auf ihre Weise deutlich. Die Zunahme des Rechtsextremismus, der Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen bis heute etc., tun dies auf eine andere. Trauerarbeit (Mitscherlich) an der Geschichte hat hierzulande nur in geringem Maß stattgefunden: Einerseits.

Andererseits hat der in den sechziger Jahren stürmisch einsetzende politische Generationswechsel tradierte bürgerliche Wertordnungen und Verhaltensmuster in Frage gestellt. Trotz einer breiter gewordenen Bürgerinitiativ- und Protestbewegung ist der Ende der sechziger Jahre von der APO und der Studentenbewegung ausgegangene Versuch einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung nicht recht gelungen. Zwischen den ‚Extremen‘ Mitte und

Rechts sind manche reformpolitischen Ansätze versandet, ist die Neue Linke zerfallen und die Demokratisierung über subkulturelle Inseln kaum hinausgekommen. Es mag umstritten sein, den Radikalenerlaß und seine Anwendung, die Diffamierungskampagnen im Zusammenhang der Terroristenbekämpfung oder die vielfachen Ausgrenzungen von Protestgruppen als Ausdruck einer ungebrochenen Kontinuität vordemokratischer politischer Kultur zu deuten. Beruhigende Bestätigungen dafür, daß wir die Hypothek einer demokratiefeindlichen, bestenfalls demokratieindifferenten politischen Kultur getilgt hätten, sind sie jedenfalls nicht. So muß, wer die politische Kultur des nahen Deutschland verstehen will, weiter ausholen: Geschichte als Gegenwartsbewältigung¹⁹⁾.

Die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts stürmisch einsetzende Industrialisierung in Deutschland hat nicht nur die Arbeitswelt, die Städte und das Land in kürzester Zeit äußerlich gründlich verändert. Begleitet von erheblicher Bevölkerungszunahme und starker Binnenwanderung, verursacht und begünstigt durch Urbanisierung und Industrialisierung, sind zugleich stabile Anschauungsformen und Verhaltensweisen, jahrhundertlang gültige Glaubenswelten und Lebensordnungen erschüttert oder ganz aufgelöst worden. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte Deutschland wohl den Übergang vom Agrar zum Industriestaat vollzogen, aber nicht den politisch-gesellschaftlichen Wandel vom feudalistischen Obrigkeitsstaat zu einer dem Industriestaat funktional adäquaten, sei es bürgerlich-parlamentarischen, sei es demokratischen

¹⁷⁾ So Volker Gransow/Claus Offe, Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik, in: Das Argument, H. 128/1981, S. 551 ff.

¹⁸⁾ Vgl. Jürgen Leinemann, Die Angst der Deutschen. Beobachtungen zur Bewußtseinslage der Nation, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 69.

¹⁹⁾ So der eindringliche Essay von Peter Brückner, Versuch . . . a. a. O., und die Besprechung von Oskar Negt, Geschichte als Gegenwartsbewältigung, in: FR v. 26. 5. 1979; vgl. in dem Zusammenhang auch Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, 2 Bde., Frankfurt M. 1979.

tisch-sozialistischen Herrschaftsform bewältigt. Das kaiserliche Deutschland fand keine politische Antwort auf die Herausforderung des anbrechenden industriellen Massenzeitalters und seine sozialen Konflikte. Das durch Glaubensspaltung und territorialen Partikularismus geschwächte, soziokulturell heterogene Bürgertum hat sich ein parlamentarisches verantwortliches Herrschaftssystem nicht erkämpfen können oder wollen. Auf der anderen Seite blieb in der wilhelminischen Klassengesellschaft die sozialdemokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung in ihrem Bemühen um Demokratisierung zwischen „negativer Integration“ bzw. kontrollierter Ausgrenzung (Sozialistengesetz und Sozialversicherung) und „revolutionärem Attentismus“ (D. Groh), d. h. einer verbal revolutionären, aber politisch abwartenden, pragmatischen Haltung, blockiert. Dies hat eine demokratisch-politische Kultur nicht entstehen lassen, was wiederum zur Strukturkrise der Weimarer Republik beigetragen hat und schließlich aus der bis dahin größten Krise des Kapitalismus zur Flucht in den Führerstaat führte²⁰⁾.

Was aber erklärt diese Entwicklung, die sich uns heute vor allem als ein Prozeß der verhinderten Demokratisierung darstellt? Die Schwäche des in sich zerrissenen und von folgenschweren Niederlagen gezeichneten Bürgertums oder die Stärke der konservativen Kräfte? Die mit der Verspätung der Nation verknüpfte Feudalisierung und Militarisierung des Bürgertums oder die Angst vor einer revolutionären Veränderung durch die Arbeiterbewegung? Hat das Besitz- und Bildungsbürgertum im wilhelminischen Deutschland trotz oder gerade wegen seiner gesellschaftlichen Macht auf die politische Macht zumindest partiell verzichtet oder war es vielmehr Bismarck, der es daran gehindert hat, sie allein zu übernehmen? Wie immer man diese Fragen im einzelnen beantworten mag, schwerlich zu bestreiten ist, daß seit den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine klassen- und interessenpolitische Konstellation bestand, die ein über Jahrzehnte dauerhaftes Bündnis zwischen den vorindustriellen Eliten besonders Ostelbiens und großen Teilen des vor allem protestantischen Bürgertums ermöglicht hat. Diesem Bündnis der Eliten²¹⁾ ist

die Kontinuität der Machtstrukturen zuzuschreiben sowie die Befestigung jener demokratiefeindlichen politischen Kultur, die der Weimarer Republik nur zu bald zum Verhängnis werden und der rechtsextremistischen Protestbewegung, der NSDAP, zum Erfolg verhelfen sollte.

Fragt man nach den Inhalten dieser politischen Kultur, dann lassen sich vor allem diese politischen Orientierungen nennen:

1. Der Nationalismus. Er hatte sich schon zu Beginn des Kaiserreichs von einer ursprünglich ‚linken‘ zu einer ‚rechten‘, illiberalen Ideologie gewandelt, sichtbar im nationalliberalen Bürgertum, während der Zeit der ‚ersten Reichsgründung‘ Bismarcks wichtigster Bündnispartner. Dieser illiberale Nationalismus erfuhr im Sozialimperialismus der wilhelminischen Ära seine extreme Übersteigerung und wurde durch das Weltkriegserlebnis und Versailles radikalisiert²²⁾.

2. Die obrigkeitstaatliche Orientierung, das Vertrauen in die Allmacht und Neutralität staatlicher Bürokratie und Führungskunst. Diese Haltung ist früh im lutherischen Glaubens- und Berufsverständnis vorbereitet und durch das protestantische Landeskirchentum verstärkt worden. Anpassung und Konformismus war das vorherrschende Einstellungs- und Verhaltensmuster. In dieser Gesellschaft der bürgerlichen Untertanen hatten politischer Nonkonformismus, Zivilcourage, Kritik, Widerspruch und Konflikt, wenn überhaupt, dann keinen selbstverständlichen Platz. Entweder wurden Spannungen und Gegensätze ignoriert und harmonisiert oder der politische Gegner, unbequeme Minderheiten etc. wurden diffamiert und zu Reichsfeinden gestem-

land 1871—1945, Düsseldorf 1979; Lothar Machtan/Dietrich Milles, Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen-Deutschland 1850—1878/79, Frankfurt M./Berlin 1980. Zum Gesamtzusammenhang Gordon A. Craig, Deutsche Geschichte 1866—1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1980; vgl. dazu die Besprechung von Hans Mommsen, Die Freiheit fahrlässig verspielt, in: Der Spiegel Nr. 53/1980, S. 91 ff.

²²⁾ Vgl. bes. Heinr. August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979; Fritz Stern, Das Scheitern illiberaler Politik. Studien zur politischen Kultur Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt M./Berlin 1974; George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt M. 1976.

²⁰⁾ Ausführlicher habe ich die politische Kultur des Kaiserreichs dargestellt in: Politische Kultur der Bundesrepublik, a. a. O., S. 59—103.

²¹⁾ Vgl. vor allem Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutsch-

pelt. Das haben die Polen erfahren, die Katholiken und ‚natürlich‘ die Sozialdemokraten²³⁾.

3. Die protektionistische Erwartungshaltung insbesondere der sozialen Mittelklassen, die sich durch die Entwicklung zum „organisierten Kapitalismus“, aber auch durch das großagrarisch-großindustrielle Machtkartell bedroht sahen und auf staatlichen Schutz, sozialprotektionistische Maßnahmen angewiesen, also vor allem am politischen output interessiert waren.

4. Der traditionelle, durch die ‚heroischen‘ Ereignisse der Reichsgründungskriege erneut aufgewertete Militarismus mit dem hohen gesellschaftlichen Prestige der Militärs und ihrer Werte bzw. Lebensformen wie Befehl/Gehorsam, Disziplin, Ehre, Tapferkeit, Ordnung, Hierarchie etc. bis hin zur Verherrlichung des Krieges und der Militarisierung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens überhaupt²⁴⁾.

5. Die antiaufklärerischen, antiwestlichen, antimodernistischen Einstellungen. Sie waren Ausdruck einer weitreichenden mentalen Verunsicherung, einer vor allem im mittelständischen und kleinbürgerlichen Milieu verbreiteten existentiellen und Identitätsunsicherheit, die mit der großen Krise des Kapitalismus in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren voll aufbrach. Hierher gehört der oft beschriebene Rückzug in die Innerlichkeit, das Privat-Unpolitische, vor allem aber das von Ernst Bloch so eindringlich aufgezeigte Problem der „Ungleichzeitigkeit“²⁵⁾.

6. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die Krisenideologie des Antisemitismus, die wegen ihres besonderen Charakters und ihrer beispiellosen Folgen eigens genannt werden muß. Aus der jahrhundertalten

christlich-religiösen Judenfeindschaft wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit dem Niedergang des bürgerlichen Liberalismus und mit den durch die Industrialisierung ausgelösten mentalen Verunsicherungen und sozialen Veränderungen sowie unter dem Einfluß sozialdarwinistischer und rassistischer ‚Lehren‘ eine völkische Ideologie. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Monarchie sah sich das mittelständische und Kleinbürgertum zwischen dem Großkapital auf der einen und dem in der Republik staatspolitisch zunächst aufgewerteten Proletariat doppelt bedroht. Der Antisemitismus fungierte nun als allgemeine Sündenbocktheorie, die die Übel der Zeit gleichermaßen dem Liberalismus und Kapitalismus, dem Sozialismus und Kommunismus anlastete²⁶⁾.

7. Der Antimarxismus und Antisozialismus bzw. Antikommunismus. Diese nicht minder militante Ideologie richtete sich gegen die früh schon richtungspolitisch und im Ersten Weltkrieg dann auch organisatorisch gespaltene und dadurch folgeschwer geschwächte Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten galten im Kaiserreich auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes als „vaterlandslose Gesellen“, mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges, als das Vaterland sie zunächst für den Kriegseinsatz benötigte und am Ende schließlich die politische Verantwortung für die Niederlage auf sie abwälzte²⁷⁾.

Daß solche politischen Orientierungen und Verhaltensmuster entstehen konnten, läßt sich aus der interessen- und machtpolitischen Konstellation der wilhelminischen Klassengesellschaft allein nicht verstehen. Vermittelt und kontrolliert wurden diese Orientierungen

²³⁾ Keine sozialgeschichtliche Darstellung hat den Obrigkeitsstaat besser beschrieben und bloßgelegt als Heinrich Mann in seinem Roman: *Der Untertan*; außerdem: Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich, 1871—1918*, Göttingen 1977; Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968.

²⁴⁾ Vgl. bes. Manfred Messerschmidt, *Militär und Politik in der Bismarckzeit und im wilhelminischen Deutschland*, Darmstadt 1975; Volker Berghahn (Hrsg.), *Militarismus*, Köln 1975.

²⁵⁾ Ernst Bloch, *Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit*, in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Königstein Ts. 1979. Zum Gesamtzusammenhang der Deformation bürgerlicher politischer Kultur siehe unter dem Gesichtspunkt der Ungleichzeitigkeit bzw. Verspätung besonders: Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1969.

²⁶⁾ Als Standardwerke unübertroffen: Peter G. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich*, Gütersloh 1966; Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt M. 1959; Ismar Elbogen/Eleonore Sterling, *Die Geschichte der Juden in Deutschland. Eine Einführung*, Frankfurt M. 1966; Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt M. 1955; Eva G. Reichmann, *Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Stuttgart 1956; vgl. neuerdings: *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte* (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 1981); Bernd Martin/Ernst Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981.

²⁷⁾ Eine ideen- und sozialgeschichtlich fundierte Darstellung des Antisozialismus fehlt m. W. noch. Als prägnanten Überblick zum Verhältnis von Staat und Arbeiterbewegung siehe jetzt: Gerhard A. Ritter, *Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland*, Berlin/Bonn 1980.

in einem richtungsgleich und eng zusammenwirkenden System von Sozialisationsagenturen, von Familie, Kirche, Volksschule, Gymnasium, Universität, Korporationen, Militärdienst und nicht zuletzt dem Reserveoffizierswesen²⁸⁾.

Vor allem die Schule trat seit Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmend auch in ihrer politischen Funktion hervor. Sie wurde zu einem Machtinstrument der herrschenden Klassen. Einige Autoren gehen soweit zu sagen, daß die Schulpolitik in der Anfangsphase der Industriellen Revolution „nicht ökonomisch, sondern ausschließlich politisch motiviert“²⁹⁾ war. Und selbst dort, wo vor allem die Modernisierungsleistungen preußischer Schulpolitik — wie Steigerung der Einschulungsrate und innerer Ausbau des Schulwesens — gewürdigt werden, wird die „politische Indienstnahme“, werden „Erziehung zum preußischen Untertanen, Sozialdisziplinierung und Indoktrination der herrschenden Ideologie“³⁰⁾ keineswegs in Abrede gestellt.

Wie immer man auch die konkreten sozialpsychologischen Folgewirkungen solcher Politisierung einschätzt: Die Interpretation, daß

hier jene sich später so fatal auswirkende Mentalität „aggressiver Unterwürfigkeit“ (A. Mitscherlich) wurzelt, erscheint kaum abwegig, zumal es mit der schulischen politischen Sozialisation nicht getan war. Der Militärdienst und der Betrieb mit seiner hierarchisch-autoritären Struktur taten ihren Teil dazu. Und erst recht das protestantische Staatskirchentum, die Allianz von Thron und Altar, deren Einfluß in Preußen kaum überschätzt werden kann. Die zukünftigen Eliten in Politik, Bürokratie, Wirtschaft, Militär etc. erhielten auf der Universität, in den Korporationen und nicht zuletzt durch die Ausbildung zum Reserveoffizier den für Führungskader einer bürgerlich-aristokratischen Gesellschaft offenbar unvermeidlichen ‚Schliff‘. Die ausgeprägte Herrschaftssymbolik mit ihren nationalen Denkmälern und Feiertagen umgab alles mit dem passenden dekorativen Rahmen. Daß in ihm schließlich auch die Sozialdemokratie Platz fand, wird man selbst mit Blick auf die Nationalisierung der Arbeiterbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges und das mehrheitliche Verhalten der SPD-Führung 1914/1918 nur unter Vorbehalt sagen können. Eher war es ein ‚Notsitz‘, mit allen Unbequemlichkeiten eines solchen.

IV. Zwischen Revolution und Gegenrevolution: Zur Radikalisierung antidemokratischer Traditionen

In einer umfassenden Forschungsstandsanalyse zur politischen Kultur der Weimarer Republik haben Klaus Megerle und Peter Steinbach kürzlich die Auffassung vertreten, daß „die Republik keineswegs als ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes, weil von der Masse der Bevölkerung abgelehntes Experiment eingeschätzt werden darf“³¹⁾. Vielmehr

komme es darauf an, „Elemente und Veränderungen der inhaltlichen Bestimmungen einer sich im Zeitablauf wandelnden, als Prozeß zu begreifenden politischen Kultur zwischen 1918 (unter Einbeziehung der Vorgeschichte) und 1933 (unter Berücksichtigung der Nachwirkungen bis in die Gegenwart) anzugeben...“³²⁾. Eine zutreffende Vermutung und eine durchaus sinnvolle Perspektive. Macht es aber Sinn, in der kurzlebigen Weimarer Republik von einer „politischen Kultur der Spätzeit“ zu sprechen, die sich von der der Anfangsjahre wesentlich unterschied? Und welche, über den bloßen Totalitarismus-Vorwurf hinausgehende Einsicht ist gewonnen, wenn man mit Blick auf — in ihrer ideologischen Ausrichtung und sozialen Basis — so unterschiedliche Republikgegner wie die KPD und NSDAP von

²⁸⁾ Als Überblick H. U. Wehler, a. a. O., S. 122 ff.

²⁹⁾ Friedhelm Nyssen, Das Sozialisationskonzept der Stiehlischen Regulative und sein historischer Hintergrund, in: Klaus Hartmann u. a. (Hrsg.), Schule und Staat im 18. u. 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Schule in Deutschland, Frankfurt M. 1979.

³⁰⁾ So Peter Lundgreen, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil I: 1770—1918, Göttingen 1980, S. 93.

³¹⁾ Klaus Megerle/Peter Steinbach, Politische Kultur in der Krise (II). Neuere Beiträge zur Bestimmung der politischen Kultur in der Weimarer Republik, in: Pol. Vierteljahresschrift/PVS-Literatur, H. 1, 23. Jg. (1982), S. 6—26 (hier S. 7); vgl. auch den auf dem Tutzingener Symposium vorgelegten Beitrag von Megerle/Steinbach, Weimarer Republik: Politische Kultur in der Krise. Thesen und Überlegungen.

³²⁾ Klaus Megerle/Peter Steinbach, Politische Kultur in der Krise (I), in: Pol. Vierteljahresschrift/PVS-Literatur, H. 2, 22. Jg. (1981), S. 123—157 (hier S. 128).

einem „neuen Wertekonsens“ spricht³³⁾? Die Motive und interessenpolitischen Zusammenhänge der Republikfeindschaft sind möglicherweise wichtiger und aufschlußreicher als dieses Faktum selbst.

Die ungelösten Klassenkonflikte des Kaiserreichs blieben in der Weimarer Republik nicht nur bestehen, sie verschärfen sich. Denn mit der Revolution, die ja der neuen Republik ihre Identität hätte geben müssen, mochte sich am Ende niemand identifizieren. Den Kommunisten und der sozialistischen Linken war sie nicht weit genug, der Rechten aber zu weit gegangen, und auch die SPD zog sich in kritischen Situationen lieber auf die ihr seit dem Kaiserreich vertraute Rolle der Opposition zurück. Eine paradoxe, folgenschwere Konstellation: Während diejenigen, die mit der Weimarer Republik „ihren“ Staat geschaffen hatten, zunehmend weniger regieren konnten, aber auch Opposition nicht recht sein wollten, was letztlich auf die so fragwürdige Tolerierungspolitik hinauslief, waren jene, die dem „System“ ablehnend oder distanziert gegenüberstanden, immer häufiger in verantwortlichen Positionen zu finden.

Eine historisch-systematische politische Kulturforschung kann sich mit diesem grob skizzierten Hintergrund und generalisierten Befund natürlich nicht begnügen. Schon angesichts einer reichhaltigen, wenngleich noch lückenhaften Forschungsliteratur erscheint es unbedingt sinnvoll, das analytische Konzept der politischen Kultur weiter zu differenzieren, über die verbreitete Unterscheidung von Eliten- und Massenkultur hinaus, wie das jetzt Megerle und Steinbach in mehreren Beiträgen eindrucksvoll vorgeführt haben. Hier ist im einzelnen zu fragen, ob und inwieweit spezifische politische Orientierungen und Verhaltensmuster des Kaiserreichs bzw. politische Teilkulturen bestimmter Trägergruppen und gesellschaftlicher Institutionen (z. B. des Militärs, der Kirchen etc.) unverändert geblieben sind oder sich inhaltlich und funktional zumindest partiell gewandelt haben.

So scheinen neuere Forschungsergebnisse darauf hinzudeuten, daß sich — um hier zumindest zwei Beispiele zu nennen³⁴⁾ — der

Militarismus des kaiserlichen Deutschlands in der Zwischenkriegszeit verändert hat. Jedenfalls ist das lange vorherrschende Paradigma „des extra-konstitutionellen Einflusses militärischer Kräfte in der Politik und der Dominanz militärischer Werthaltungen und Vorstellungen im gesellschaftlichen Bereich“³⁵⁾ durch neue Konzepte und Fragestellungen abgelöst worden. Fragestellungen, die sich auf den Zusammenhang von Krieg und industriegesellschaftlicher Entwicklung (militärisch-industrieller Komplex) beziehen, auf den Zusammenhang von innergesellschaftlichen Konflikten und paramilitärisch organisierter Gewalt (Freikorps, Parteiarmeen), sowie auf das Verhältnis von Militär und Außenpolitik. Damit sind allerdings ältere Erscheinungsformen, insbesondere des sozialen Militarismus, nicht schon obsolet und für die Forschung nebensächlich geworden. Vielmehr erscheint es sinnvoll und auch im Hinblick auf die politisch-kulturelle Fragmentierung selbst innerhalb von sozialen Klassen bzw. Trägergruppen politischer Teilkulturen fruchtbar, davon auszugehen, daß dem Übergang von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft eine andere Erscheinungsform und Funktion des Militarismus entspricht als einer vollentwickelten Industrie- und Klassengesellschaft. Möglicherweise ist dann „die Vielschichtigkeit und Virulenz des Militarismus-Syndroms im Zwischenkriegs-Deutschland“³⁶⁾ der Gleichzeitigkeit dieser beiden historisch unterschiedlichen Typen des Militarismus zuzuschreiben.

Ein anderes Beispiel einer für die Herausbildung und Vermittlung der autoritären, demokratiefeindlichen politischen Kultur des wilhelminischen Kaiserreichs zentralen Institution ist die Evangelische Kirche. Zweifellos gab es auch hier Wandlungserscheinungen und vielfältige kircheninterne Gruppenbildungen und -spannungen. Sie reichten von den religiösen Sozialisten bis hin zu den „Deutschen Christen“. Im Ganzen gesehen blieben aber die politischen Orientierungen der Kirche — wie das jetzt Kurt Nowak in einer für die historische politische Kulturforschung beispielhaften Studie ebenso materialreich wie differenziert herausgearbeitet hat —

³³⁾ Ebd., S. 135.

³⁴⁾ Für weitere siehe die zuvor genannte Forschungsstandsanalyse von Megerle/Steinbach, a. a. O.; zum Forschungsstand über Entwicklung und Scheitern der Weimarer Republik siehe ferner: Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980; Michael Stürmer (Hrsg.), Die

Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein Ts. 1980.

³⁵⁾ Klaus-Jürgen Müller/Eckardt Opitz (Hrsg.), Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 9.

³⁶⁾ Ebd. (Müller bezieht sich dabei auf Gedanken von A. Lüdtko und V. Berghahn).

„weitgehend in traditional bestimmten Denkschemata stecken, am eindeutigsten greifbar bei Problembereichen wie Nation, Volk, Staat, Wirtschaft“³⁷⁾. Das Leitbild des „christlichen Staates“ blieb erhalten, trotz oder gerade wegen des Umbruchs vom evangelischen Staatskirchentum zum laizistischen Staat. Mehr noch: das völkisch-rassistische Element kam hinzu, und keineswegs nur bei den „deutsch-christlichen“ Gruppierungen. Die politisch-kulturellen Auswirkungen der „nationalen Demütigung“ des verlorenen Ersten Weltkrieges und der „Schmach“ des Versailler Vertrages, die subjektiv als Bedrohung empfundenen Revolutionswochen des Winters 1918/19 und späteren Arbeiteraufstände, Inflation, Reparationen und Ruhrgebietsbesetzung, sie machten die nationalistische, völkisch-rassistische Ideologie hier wie anderswo zur eigentlichen Antriebskraft für die reaktionären Gegenbewegungen³⁸⁾.

Antisemitismus, Antikapitalismus und Antisozialismus traten als weitere Momente der Radikalisierung demokratiefeindlicher Traditionen hinzu. Das trifft in besonderem Maße für die sozialen Mittelklassen, den „alten“, vorindustriellen und „neuen“ (Beamte, Angestellte) Mittelstand zu. Diese, so folgenschweren „mittelständischen“ bzw. kleinbürgerlichen politischen Teilkulturen sind aufgrund älterer, längst „klassischer“ soziologischer und sozialpsychologischer Untersuchungen³⁹⁾ sowie

neuer sozialgeschichtlicher Studien⁴⁰⁾ wohl am besten erforscht, wenngleich die sozialstrukturell differenzierte Analyse politischer Kultur(en) eine Hauptaufgabe bleibt⁴¹⁾. Traditionelle Dispositionen, sozialisationsgeschichtliche Erfahrungen, die Selbsteinschätzung der sozialen Lage und die Wahrnehmung aktueller Krisen verdichteten sich zu einem Syndrom manifester Orientierungs- und Verhaltensmuster, das große Teile dieser sozialen Mittelklassen geradezu zur Basis einer rechts-extremistischen Protestbewegung prädestinierte. Wohlgermerkt: die NSDAP verdankt dieser Basis ihren schließlichen Erfolg nicht allein, wohl aber ihren Aufstieg, der eine notwendige Voraussetzung dafür war. Denn während vor allem die älteren Arbeiter, die große Mehrzahl der christlichen Arbeiter, ihrem Klassenbewußtsein noch zu einer Zeit treu blieben, als der braune Terror Deutschland überzogen hatte, waren jene Schichten der Arbeitnehmerschaft, die weder ein sozialisationsgeschichtlich festigtes Klassen- noch Demokratiebewußtsein hatten, Jugendliche und Studenten, Lehrer, Hochschullehrer und Beamte, Handwerker und Landarbeiter, längst zum Hakenkreuz gelaufen.

Um ein Mißverständnis auszuschließen: Hier wird nicht die Auffassung vertreten, daß der Sieg des Faschismus in Deutschland allein aus einer Massenpsychose bzw. aus dem in weiten Teilen der Bevölkerung latent oder manifest vorhandenen „autoritären“ oder „sado-masochistischen“ Charakter zu begreifen ist, wie sie zunächst von Reich und Fromm und später von Adorno, Mitscherlich u. a. analysiert und beschrieben worden sind. Ohne die bis dahin größte Krise des Kapitalismus, ohne die Bereitschaft und Unterstützung von Großindustrie, Reichswehr und Großgrundbesitz wäre Hitler nicht in den Besitz der politischen Macht gekommen. Ohne die Schwäche der durch ideologische Differenzen, unterschiedliche Interessen und Abhängigkeiten, gravierende Fehleinschätzungen gespaltenen Arbeiterbewegung allerdings ebensowenig.

³⁷⁾ Kurt Nowak, *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981, S. 14.

³⁸⁾ Vgl. dazu vor allem die eindrucksvolle Untersuchung von George L. Mosse, *Ein Volk — Ein Reich — Ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus*, Königstein Ts. 1979, die seit 1964 unter dem Titel: *The Crisis of German Ideology*, vorliegt, aber bisher nicht genügend beachtet worden ist.

³⁹⁾ Vgl. Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes*, Stuttgart 1932 (Neudruck Darmstadt 1972); Erich Fromm, *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*, hrsg. v. W. Bonß, Stuttgart 1980 (1929/30 entstanden); vgl. auch ders., *Die Furcht vor der Freiheit*, Frankfurt M. 1966; Wilhelm Reich, *Die Massenpsychologie des Faschismus*, Köln/Bericht 1971 (jetzt auch Fischer TB 6754); Emil Lederer, *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910—1940*; ausgew. Aufsätze mit einem Beitrag von H. Speier, hrsg. v. J. Kocka, Göttingen 1979; Hans Speier, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918—1933*, hrsg. v. J. Kocka, Göttingen 1980; Max Horkheimer, *Studien über Autorität und Familie*, Paris 1936.

⁴⁰⁾ Vgl. Jürgen Kocka, *Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850—1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer*, Göttingen 1981; H. J. Priamus, *Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1979; Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstands*, Stuttgart 1970; Heinr. August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972.

⁴¹⁾ So Megerle/Steinbach, a. a. O., S. 137.

V. Vom Dritten Reich zur Zweiten Republik: Neuanfang ohne demokratische Traditionen

Welche Richtung aber nahm die politische Kulturentwicklung, genauer: die Entwicklung der fragmentierten politischen Teilkulturen und ihrer Trägergruppen in den dreißiger und vierziger Jahren? Und was kam nach 1945? Vollzog sich nach der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus, die immer noch eher als „Zusammenbruch“ denn als „Befreiung“ wahrgenommen wird, ein Wandel, eine schrittweise Erneuerung, d. h. Demokratisierung unserer politischen Kultur? Die empirische politische Kulturforschung nimmt dies — vor allem gestützt auf die seit Jahrzehnten durchgeführte Bevölkerungsbefragungen — weit überwiegend als gegeben an⁴²). Aber Zweifel sind zulässig. Immerhin finden sie in der gesellschaftspolitischen Entwicklung der siebziger und achtziger Jahre reichliche Nahrung.

Der historischen Wahrheit kommt man wohl näher, wenn man davon ausgeht, daß sich die Bevölkerung nach 1945 zunächst nicht sehr viel anders orientierte und verhielt, als sie es zuvor gelernt und getan hatte. Bei einem nun eher noch forcierten Rückzug in das Privat-Unpolitische stand der Alltag im Zeichen von Arbeit und Wiederaufbau, Konsum und Zerstreuung. Aber dies alles, eine staats- und politikabgewandte, gleichsam ideologiefreie Sphäre, einen seit den Weimarer Jahren weiterwirkenden Amerikanismus, der das Alltagsleben und die Massenkultur stark beeinflusste, gab es ja auch im Nazi-Deutschland, vor allem in den dreißiger Jahren, wie das jetzt Hans Dieter Schäfer in seinem material- und aufschlußreichen Essay „Das gesplante Bewußtsein“ dargestellt und anhand eines reichhaltigen Materials aus Tageszeitungen, Illustrierten, Briefen, Tagebüchern und den spät zugänglich gewordenen „Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ belegt hat⁴³).

⁴²) Vgl. außer der in Anm. 9 genannten Literatur Heinz Rausch, Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1980; Theo Stammen, Politische Kultur — Tradition und Wandel, in: J. Becker (Hrsg.), Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel, München 1979, S. 9—52; vgl. demgegenüber die sehr viel kritischere, materialreiche Studie von Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, Frankfurt M. 1981 (Fischer TB 3453/1. Aufl. München 1979).

⁴³) Hans Dieter Schäfer, Das gesplante Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit

Der Alltagsgeschichte des Faschismus in Deutschland kommt für die Bestimmung und Analyse der politischen Kultur(en) unterm Hakenkreuz vor allem deshalb so große Bedeutung zu, da zahlreiche gesellschaftliche Organisationen, institutionalisierte Formen politischer Kultur, und soziale Trägergruppen politischer Teilkulturen aufgelöst, „gleichgeschaltet“, zumindest aber dem kontrollierenden Zugriff eines dem Anspruch nach totalitären Machtapparates unterworfen wurden; die Alltagsgeschichte des Dritten Reiches als individuelle und kollektive Lebenswirklichkeit unter veränderten politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eröffnet „eine Perspektive, die die verschiedenen Bereiche der Lebensweisen und sozialen Wirklichkeiten unter dem Blickwinkel eben der Erfahrung angeht. Sie befaßt sich also mit den Wahrnehmungsweisen und Verhaltensformen von einzelnen oder Gruppen, ihrem Betroffensein durch Auswirkungen des allgemeinen sozialen und politischen Systems“⁴⁴).

Der Wiederaufbau nach 1945 hat zumindest an eine ungebrochene Leistungs- und Konsumorientierung anknüpfen können: „Made in Germany“ statt „Tausendjähriges Reich“. Die Verdrängung der Vergangenheit, Wiederaufbau und wirtschaftlicher Wiederaufstieg, Wiederbewaffnung und Integration in westliche Bündnissysteme sind die Stationen einer entideologisierten, weitgehend als unpolitisch verstandenen Ära. Der Kontinuität des Amerikanismus entsprach die durch die Existenz der DDR verstärkte Kontinuität des Antikommunismus. Beide hatten und haben ihr stabiles Fundament in einer vorzugsweise auf materiellen Werten gegründeten Leistungs- und Konsumgesellschaft⁴⁵).

1933—1945, München 1982; vgl. ferner: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei (SoSpade), 1934—1940, hrsg. v. Klaus Behnken, Salzhausen 1980; die groß angelegte Studie von Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, 4 Bde., München 1977/81; Joh. Beck u. a. (Hrsg.), Terror und Hoffnung in Deutschland 1933—1945. Leben im Faschismus, Reinbek 1980; Harald Focke/Uwe Reimer, Alltag unterm Hakenkreuz, Reinbek 1979; Detlef Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.

⁴⁴) So Peukert/Reulecke, a. a. O., S. 15.

⁴⁵) Vgl. dazu jetzt den ersten vorliegenden Band einer sozusagen offiziösen Geschichte der Bundesre-

Dies alles war vorzüglich geeignet, den mit dem Zusammenbruch erlittenen Identitätsverlust zu kompensieren oder zu kaschieren, jedenfalls für die Generation der etwa zwischen 1900 und 1920 Geborenen. Kaum verwunderlich, daß die Identifikation dieser Trümmer- und Wiederaufbaugeneration mit dem politischen System der Bundesrepublik mehr indirekter, passiver Art war. Ihr Verhältnis zur Demokratie, ja zur Politik überhaupt, mit der sie ja noch keine oder nur schlechte Erfahrungen gemacht hatten, blieb eher formal und distanziert. ‚Wirtschaftswunder‘, ‚Kalter Krieg‘ und Antikommunismus haben unter der damaligen Bevölkerung zwar einen breiten Konsens über die Vorzüge einer wohlfahrtsstaatlichen und wachstumsorientierten Konkurrenz- und

Leistungsgesellschaft entstehen lassen. Daß damit ein parlamentsdemokratisches, parteienstaatliches System verbunden war, nahm man — im Gegensatz zu Weimar und in einer veränderten materiellen Situation — eher in Kauf oder auch gar nicht erst zu Kenntnis. Die Stabilisierung dieses Konsenses wurde noch dadurch begünstigt, daß der Generationenkonflikt, der ab Mitte der sechziger Jahre unerwartet heftig hervorbrach, noch ausstand, während die reichsdeutschen, wilhelminischen oder weimarer Konfliktkonstellationen durch den Faschismus, durch die Teilung Deutschlands und durch die hohen Wachstums- und Verteilungsraten entweder ganz aufgelöst oder zumindest abgeschwächt und stillgelegt worden waren⁴⁶).

VI. Statt einer Zusammenfassung

Wo stehen wir heute in der Bundesrepublik? Im Zeichen des vollzogenen Wandels oder in den verschlungenen Kontinuitätslinien und Nachwirkungen einer historisch vorbelasteten politischen Kultur? Die Befunde sind zwiespältig, ihre Bewertung kontrovers. Ansätze gesellschaftlicher Demokratisierung sind unverkennbar, aber die Demokratie hat ihre Bewährung wahrscheinlich noch vor sich. Liberalität und Konfliktfähigkeit der Westdeutschen haben bisher noch nicht auf einem Prüfstand gestanden, der diesen Namen im historischen Vergleich auch verdiente. Die Gefahr für Staat und Gesellschaft wird traditionell eher dort gesehen, wo sie nicht besteht, aber nicht dort, wo sie besteht. Einerseits geht es den Deutschen nach ihrem eigenen Bekun-

den heute so gut wie nie. Andererseits nehmen Ratlosigkeit und Zukunftsangst zu. Das Abwenden von der Politik, ja von Staat und Gesellschaft überhaupt, ist ein Symptom; das Anwachsen des (auch jugendlichen) Rechtsradikalismus ein anderes. Der Zulauf zu den Grünen und Alternativen hält an. Doch hat der durch den Koalitionsausstieg der FDP erzwungene Machtwechsel in Bonn das Gravitationszentrum der Politik einstweilen wiederum nach rechts verschoben, ohne daß der Wähler bisher sprechen konnte. Neue Konflikte zeichnen sich ab. Die Zukunft unserer politischen Kultur ist so ungewiß wie diese selbst. Die genauere Bestimmung von politischen Teilkulturen und ihrer Entwicklung erscheint daher ebenso schwierig wie notwendig.

republik Deutschland: Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer 1949—1957*, Stuttgart 1981, der allerdings den Alltag und die politische Kultur dieser Zeit nur am Rande und unter dem Stichwort „Geist der fünfziger Jahre“ behandelt.

⁴⁶) Für einen ausführlicheren Überblick über die politische Kultur der frühen Bundesrepublik siehe meine Darstellung in: *Politische Kultur ...*, a. a. O., S. 110—149.

„Elite“ — Begriff oder Phänomen?

I. „Elite“ — Ursprung und Funktionen des Begriffs

Die Analyse der Träger politischer Herrschaft steht am Beginn der politischen Soziologie. Es ist kaum ein Zufall, daß eine der ersten Schriften über die „Grundlagen der politischen Wissenschaft“ sich vornehmlich mit der „herrschenden Klasse“ beschäftigt. In Gaetano Moscas 1895 erschienenem Werk stand die Analyse der „classe politica“ im Mittelpunkt des Interesses. Sie markiert den Beginn der Soziologie der Eliten als einer eigenständigen Forschungsrichtung. Doch herrscht bis heute noch kein Konsens darüber, was unter „Elite“ verstanden werden soll. Überdies besteht eine Diskrepanz zwischen dem Erkenntnisinteresse und der schmalen empirischen Basis der Elitensoziologie¹⁾.

Es gibt zahlreiche Gründe für die Tatsache, daß das Thema „Eliten“ in den letzten Jahren gerade in der Bundesrepublik wieder verstärkt diskutiert wird. Offensichtlich ist das Selbstverständnis weite Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach der zeitweiligen Verunsicherung durch die Protestgeneration Ende der sechziger Jahre wieder in eine Position zurückgekehrt, in der nach Orientierungspunkten für eine „neue“ Strukturierung der „Massengesellschaft“ gesucht wird. Dabei bietet sich als Differenzierungsmerkmal eine Rückbesinnung auf Eliten im Sinne von „Leistungsqualifikationsträgern“ und „Funktionseliten“ an. Nach der Kompromittierung des Elitenbegriffs durch autoritäre und faschistische Bewegungen sucht man dem Begriff of-

fenbar wieder etwas von seinem „harmloseren“ Wortsinn abzugewinnen²⁾.

Die bis heute schillernde Unbestimmtheit des Elitenbegriffs kommt bereits in jenen wissenschaftlichen Diskussionen zum Vorschein, in denen es darum geht, seine vielfältigen Bedeutungsdimensionen voneinander zu unterscheiden. So etwa enthält er, nach Dreitzel,

1. eine utopische Dimension, die in der Forderung gesehen wird, daß „die Besten“ einer Gesellschaft auch herrschen sollen (Elite als Postulat im Sinne einer „Herrschaft der Besten“);

2. ein ideologisches Moment: Elite als die im subjektiven Sinn zur Führung Geeigneten und Berechtigten. Ihre Selbstrechtfertigung vollzieht sich meist durch die Berufung auf eine

²⁾ Meyers Konversations-Lexikon (Leipzig und Wien 1894²⁾ definiert „Elite“ noch ganz im militärischen Sinne als „Truppen, die infolge ausgesuchten Ersatzes, besserer Bewaffnung und vorzüglicherer Ausbildung eine vor den übrigen Truppen bevorzugte Stellung einnehmen“ (Bd. V, S. 697). Den militärischen Beigeschmack ist der Elitenbegriff auch in seiner allgemeinen soziologischen Verwendung als Wert- oder Funktionseleite seither nicht ganz losgeworden. Hieran hat selbst die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete Neubesinnung nicht viel ändern können. Sie verblieb mit ihren Prämissen weiterhin im Schema des Dualismus „Masse“ (= Kollektive) contra „Elite“ (= Persönlichkeiten). Als paradigmatischer Beleg wäre auf den Artikel „Elite“ von Luis Baudin im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 3 zu verweisen. Darin ist „der Elitemensch“ einer, der „sich der Gefahr aussetzt), ... Verantwortung übernimmt und es wagt, gefährlich zu leben ... Er gewinnt Größe und Adel, indem er sich zum Herrn des Geschicks macht“. Es versteht sich dann von selbst, daß „das Werden der Elite geheimnisvoll“ bleibt und daß diese „das Unverständnis der Masse ... manchmal zögern (läßt), dieses Wissen zu verbreiten“. Diese Bestimmungen, in einem immerhin repräsentativen sozialwissenschaftlichen Handwörterbuch, gipfeln denn auch in der handfesten pädagogischen Empfehlung: „Braucht der Massenmensch Vorschriften, um zu gehorchen, so braucht der Elitemensch geistige Leitsätze, um sich selbst zu bestimmen. Für den einen besteht Erziehung in einem nur äußerlichen Herantragen von Kenntnissen, ja in einer Dressur, für den anderen ist sie etwas entscheidend Innerliches, das sich darauf beschränkt, ein Bewußtsein zu schaffen, das zu eigenem Denken führt“.

¹⁾ Hier wäre für die Bundesrepublik auf die Untersuchungen von Dahrendorf und Zapf zu verweisen, die bereits zu Beginn der sechziger Jahre entstanden: R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 2432 ff.; W. Zapf (Hrsg.), *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, München 1965; ders., *Wandlungen der deutschen Elite*, München 1965.

Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Kapitels aus dem in Kürze erscheinenden Buch des Verfassers: Politische Soziologie. Strukturen und Integrationsformen der Gesellschaft. (Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz).

„natürliche Auslese durch freie Konkurrenz“ oder durch das Bewußtsein einer besonderen Mission für die Gesellschaft³⁾;

3. ein qualifikatorisches Moment: Elite in Verbindung mit einer tatsächlichen, genauer zu bezeichnenden Leistungsqualifizierung (Wissen, Besitz, besondere Fähigkeiten); hier wird vor allem der Doppelaspekt von Auslese und „Erlesenheit“ betont⁴⁾.

Die geschichtliche Herleitung des Elitebegriffs⁵⁾ macht deutlich, daß er an das Aufkommen der industriell-konkurrenzkapitalistischen Gesellschaft gebunden ist. Zum Gegenstand systematischer Analysen werden Eliten erst in den Theorien Vilfredo Paretos, Gaetano Moscas und Robert Michels. Bei diesen Autoren nimmt er die drei genannten Bedeutungsdimensionen an.

In der Nachfolge der für europäische Gesellschaften bis in das 18. Jahrhundert zentralen Kategorie des sozialen „Standes“ und der — seit der Wende zum 19. Jahrhundert — nicht minder grundlegenden Kategorie der sozialen „Klasse“ hat der Elitebegriff für das Selbstverständnis heutiger westlicher Industriegesellschaften zunehmend an Bedeutung gewonnen⁶⁾.

Das mit der Wende zu unserem Jahrhundert einsetzende Interesse an soziologischen Elitentheoremen zeugt von der Angst bürgerli-

cher Schichten vor der heraufziehenden „Massetengesellschaft“. Angesichts des Niedergangs tradierter Werte und der Erschütterung der bürgerlichen Ordnung durch sozialistische Bewegungen, Wahlrechtsreformen und imperialistische Kriege schien es den Apologeten der Elitentheoreme geboten, die Entscheidungsgewalt wenigen, „besonders fähigen“ Individuen vorzubehalten.

Elitentheorien begannen virulent zu werden, als sich abzuzeichnen begann, daß soziales Ansehen, Besitz und Eigentum nicht mehr, wie noch in der feudal-aristokratischen Gesellschaftsordnung, mit politischer Führung verbunden war. Nachdem die bis dahin unbefragt geltenden Sozial- und Wertehierarchien sich aufzulösen begannen, hielt man nach auserwählten Personen Ausschau, von denen die Integration der Gesamtgesellschaft erhofft wurde. Aus historisch-soziologischer Sicht sind die Elitentheorien somit nicht etwa ein Relikt der aristokratisch-höfischen Kultur- und Denkweise, sondern eine ideologische Antwort auf drohende soziale Umwälzungen als Folge der Industrialisierung.

Die Rede von Eliten setzt voraus, daß in der Gesellschaft eine gewisse soziale, insbesondere vertikale Mobilität herrscht. Dieses dynamische Moment unterscheidet „Elite“ vom eher statischen Begriff der „Aristokratie“. Besonders Qualifizierte sollen demnach aufgrund bestimmter Leistungen die Chance des Aufstiegs haben. Die den Prozessen der gesellschaftlichen Mobilität eigene Statusunsicherheit weckt das wissenschaftliche Interesse an Problemen des gesellschaftlichen Wandels: Wie entstehen Eliten? Wodurch begründet sich ihre dominierende Stellung? Wer steigt in sie auf und wer gehört zu ihnen?

In diesem Sinne ist der Elitebegriff auch als Symbol eines Selbstdeutungssystems zu verstehen. In einer Zeit, in der es keine durch Tradition verbürgten und allgemein verbindlichen Bezugssysteme mehr gibt, wird um so eifriger nach neuen Orientierungen gesucht, die an die Stelle der durch den sozialen Wandel gefährdeten treten sollen.

In ein solches Selbstdeutungsmuster heutiger westlicher Industriegesellschaften ist die Elitentheorie eingebettet. So soll die heutige Gesellschaft vor allem „dynamisch“ sein, geprägt von den Spielregeln freier Konkurrenz, in der ein jeder gemäß seinen Fähigkeiten und Leistungen zum sozialen Aufstieg zugelassen sei. Die grundlegenden Eigenschaften einer solchen Elite in einer so gedeuteten Leistungsge-

³⁾ Der Elitebegriff in seiner flachsten Form ist wohl jener, der im Sozialdarwinismus und in Rassentheoremen vorliegt: gerade er war in der deutschen Geschichte seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts besonders nachhaltig politisch wirksam; vgl. H.-G. Zmarzlick, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: ders., *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit*, München 1970, S. 56 ff.

⁴⁾ Vgl. H. P. Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur*, Stuttgart 1962, S. 13 ff.; ferner U. Jaeggi, *Die gesellschaftliche Elite*, Bern-Stuttgart 1960; T. B. Bottomore, *Elite und Gesellschaft*, München 1966; J. Wurster, *Herrschaft und Widerstand*, Tübingen 1970²; K. von Beyme, *Elite*, in: C. D. Kernig (Hrsg.), *Marxismus im Systemvergleich*, Soziologie Bd. 1, Frankfurt-New York 1973, Sp. 136 ff.; G. Parry, *Political Elites*, New-York-Washington 1970².

⁵⁾ Die Verwendung der Termini „eligo“, „legi“, „lectum“ bei lateinischen Autoren läßt sich wohl mit „ausjäten, sorgfältig auswählen, eine Wahl treffen“ umschreiben; so etwa bei Curtius und Tacitus.

⁶⁾ Vgl. hierzu L. von Wiese, *Gesellschaftliche Stände und Klassen*, München 1950; R. Herrnstadt, *Die Entdeckung der Klassen*, Berlin (Ost) 1965; M. Mauke, *Die Klassentheorie von Marx und Engels*, Frankfurt am Main 1970; G. Lenski, *Macht und Privileg*, Frankfurt a. M. 1973; C. W. Mills (Hrsg.), *Klassik der Soziologie*, Frankfurt a. M. 1966, bes. Kap. II: *Gesellschaftliche Typen und Trends*.

sellschaft sind demgemäß: Offenheit, Wendigkeit und Anpassungsbereitschaft; Eigenschaften, die sich darauf verstehen, die jeweils er-

wünschten, marktgängigen Leistungen zu erbringen, die den wechselnden Bedürfnissen Rechnung tragen⁷⁾.

II. Klasse und Elite

Es ist keineswegs zufällig, wann bestimmte Themen und Begriffe der Soziologie aktuell werden, wann sie in die Sprache des Alltags eindringen oder aus ihr wieder verschwinden, um erneut eine scheinbar bloß wissenschaftliche Angelegenheit zu werden.

Dies trifft vor allem für jene Begriffe zu, die es mit der Ungleichverteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Ansehen in der Gesellschaft zu tun haben. Dazu gehören vor allem „Klasse“ und „Elite“.

Soziale und ökonomische Klassen sind von ihrer Entstehung und Existenz her eindeutig auch mit den negativwertigen Attributen von Herrschaft verknüpft. Sie assoziieren Unterdrückung, Zwang und Ausbeutung. Sklaven, Leibeigene und Lohnarbeiter sind jeweils für antike, feudale und kapitalistische Gesellschaften historisch-konkrete Prototypen unterdrückter Klassen; Freibürger, Patrizier, Zunftbürger und kapitalistische Unternehmer solche für herrschende, unterdrückende Klassen.

Mit diesem Klassenbegriff verband und verbindet sich meist die Vorstellung einer bestimmten geschichtlichen Dynamik, die aufgrund der Opposition der jeweils unterdrückten gegen die herrschenden Klassen entsteht. „Klasse“ ist somit unlösbar verbunden mit der Vorstellung des Kampfes von Klassen *gegen*einander, wobei dieser — nicht erst Marx und Engels zufolge — die Menschheitsgeschichte durchziehende Konflikt einen eindeutigen Bezug zu sozialstrukturellen ökonomischen Bedingungen besitzt, von denen her Klassenlagen sich bestimmen lassen. Die historische und ökonomische Bedingtheit ist vom Begriff der sozialen Klasse nicht zu trennen, ebenso wenig der Antagonismus von Produktion und Aneignung, von dem die Klassenauseinandersetzungen ihren sozialen Inhalt beziehen.

In Perioden gesellschaftlicher Konflikte und politischer Umbrüche, etwa in der Zeit der Französischen Revolution, gehörte der Begriff der Klasse zu den notwendigen analytischen Instrumenten, um den Bewegungsgesetzen der Revolution auf die Spur zu kommen. So-

ziale Klassen galten gleichsam als die agierenden Subjekte der Geschichte, deren Analyse Aufschluß über Entstehung und Veränderung sozialer und politischer Strukturen versprach⁸⁾.

Die Ablehnung, auf die die Verwendung des Klassenbegriffs häufig stößt, gilt in der Regel nicht so sehr den analytisch-empirischen als vielmehr den kritisch-utopischen Elementen dieses Begriffs. Er verweist seiner Intention nach auf die konkreten Entstehungsbedingungen von Klassenherrschaft, ihre Absicherung und ihre Grenzen, damit aber auf einen künftigen gesellschaftlichen Zustand, in dem es solcher Herrschaft nicht mehr bedarf.

Da der Klassenbegriff in seiner historischen Gestalt die Möglichkeit der Aufhebung der Klassengesellschaft anvisiert, enthalten Klassentheorien stets einen Ansatz zur Kritik der Herrschaft⁹⁾.

Im Gegensatz zum ursprünglich kritischen Impetus des Klassenbegriffs ist der Elitebegriff von vornherein so konzipiert, daß die Träger von Elitenmerkmalen sich in ihren Positionen gerechtfertigt sehen dürfen. Denn sie verdanken — dem Elitekonzept zufolge — ihre Stel-

⁷⁾ Mit Blick auf die derzeitige Arbeitsmarktsituation konstatiert ein Leserbrief der FAZ, „Personalchefs neigen dazu, dem ‚olympiareifen Jungarbeiter‘ mit forschem Auftreten den Vorzug zu geben, von dem man erwarten kann, daß er sich reibungslos einfügt, keinen Ehrgeiz entwickelt und ‚wartungsfrei funktioniert‘“. Vom 21. 8. 1981, S. 6.

⁸⁾ Vgl. hierzu R. Herrnstadt, *Die Entdeckung der Klassen*, Berlin (Ost) 1965.

⁹⁾ Kategorien wie „Klasse“, „Gesellschaft“, „Individuum“, „Familie“ und „privat“ waren wesentlich negative und oppositionelle Begriffe, welche die realen Widersprüche der europäischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts bestimmten. Die Kategorie „Gesellschaft“ selbst drückte den akuten Konflikt zwischen der sozialen und politischen Sphäre aus — „die Gesellschaft als antagonistisch gegenüber dem Staat ... Mit der zunehmenden Integration der Industriegesellschaft verlieren diese Kategorien ihren kritischen Inhalt und tendieren dazu, deskriptive, trügerische und operationelle Termini zu werden“; in: Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied und Berlin 1967, S. 16.

lung dem Prozeß einer „gerechten“ Auslese, einem allgemein anerkannten Verfahren, das aufgrund bestimmter Qualifikationen herausragende Spitzenpositionen bewertet und nach einem bestimmten Verteilungssystem „besetzt“ hat. Insofern besitzt der Elitebegriff — im Vergleich zu dem der Klasse — ein affirmativ-bestätigendes Moment, das bestehende Privilegien festschreibt. Hatte der Klassenbe-

griff eine dynamisch-revolutionäre Gesellschaft im Auge, so zielt der Begriff der Elite eher auf einen stationären Zustand — hierin nicht unähnlich dem der „Schichtung“. Der herrschaftskritische Grundzug des Klassenbegriffs ist im Elitekonzept weitgehend verschwunden; an seine Stelle tritt die positive Würdigung der Herrschaftsansprüche einer elitär geführten Gesellschaft.

III. Macht-, Wert- und Funktionseliten

In der Regel wird der ebenso wertbeladene wie komplexe Begriff der Elite dahingehend differenziert, daß Machteliten, Werteliten und Funktionseliten voneinander unterschieden werden. Hierbei handelt es sich um eine primär analytische Unterscheidung. Denn bei Autoren wie Gaetano Mosca liegen Theoreme vor, die Elemente der Machtelite mit solchen der Wertelite kombinieren.

Bei den Machteliten läßt sich eine

a) klassisch-machiavellistische Variante (Mosca-Pareto) abgrenzen von

b) gesellschaftskritischen Spielformen, wie sie in den fünfziger Jahren, insbesondere von C. Wright Mills, in den Vereinigten Staaten entwickelt wurden.

Machteliten bezeichnen mehr oder minder geschlossene Gruppen mit spezifischen geistigen, sozialen und politischen Qualitäten; ferner privilegierte Schichten, die von den „Massen“ toleriert oder akzeptiert werden. „Herrschende Klasse“ und „Oberschicht“ werden oft synonym mit „Machtelite“ verwandt. Wo von ihnen die Rede ist, liegt zumeist ein binär-dichotomisches Gesellschaftsmodell zugrunde: Ihr Strukturprinzip ist der Dualismus von herrschender Minderheit und herrschaftsunterworfenen Mehrheit.

Werteliten werden meist als jene schöpferische Minderheit begriffen, deren Kriterium nicht die Verfügung über äußere Machtmittel, sondern die Teilhabe an bestimmten Werten ist. Sie sollen — als Widerlager — die Gefahr einer Omnipotenz von Machteliten bannen. Im politischen Bereich ist es die Vorstellung von der Herrschaft der Besten (Sachverständigsten, Kompetentesten), die sich beim Begriff der Wertelite einstellt. Er besitzt sonach auch eine durchaus utopische Dimension im Sinne des Imperativs: die „Besten“ sollten auch die „Herrschenden“ sein. In diesem Zusam-

menhang wird zumeist die Intelligenz als eine Elite aufgefaßt, da sie repräsentative kulturelle Werte verkörperte oder (nach Karl Mannheims Konzept) als „freischwebende“ Sozialschicht über „Bildung“ und damit auch Einsicht in den Lauf der Geschichte und in die Seinsverbundenheit allen sozial- und geisteswissenschaftlichen Denkens verfüge¹⁰⁾.

Die Theorie der *Funktionseliten* beansprucht eine wertfreie Analyse, die allein im Blick auf empirisch feststellbare Funktionen der Eliten für die und in der Gesellschaft bewertet werden sollen. Elite in diesem gleichsam neutralen Sinne bezeichnet „funktional und positionell abgrenzbare Führungsgruppen des politischen Systems“¹¹⁾. Funktionseliten sind vorab „offene“ Eliten, d. h. der Zugang zu ihnen ist prinzipiell frei für alle, die sich durch die entsprechenden Qualifikationen auszeichnen, welche für die jeweilige Elitenzugehörigkeit gefordert sind. Die Theoretiker der Funktionseliten behaupten eine wertfreie und empirisch überprüfbare Bestimmung von Funktionen in demokratischen Gesellschaften und arbeiten

¹⁰⁾ Vgl. zur Intelligenzsoziologie Mannheims dessen „Ideologie und Utopie“, Frankfurt a. M. 1952, S. 134 ff., 221 f.; K. Lenk, Marx in der Wissenssoziologie, Neuwied u. Berlin 1972, S. 63 ff., 71 ff., 82 ff. Zum Gesamtkomplex „freischwebende Intelligenz“ die Analyse von Arnhelm Neusüss, Utopisches Bewußtsein und freischwebende Intelligenz, Meisenheim am Glan 1968; zur Kritik der Position Mannheims vgl. Th. Geiger, Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949, S. 61 ff.; neuerdings auch V. Meja/N. Stehr (Hrsg.), Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1982.

¹¹⁾ Klaus von Beyme, Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971, S. 10; vgl. ders., Die politischen Theorien der Gegenwart, München 1972, S. 262 ff.; ders., Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, München 1979, S. 128 ff.

deshalb mit dem Postulat der Pluralität miteinander konkurrierender Eliten.

Im folgenden werden zunächst die Besonderheiten der machiavellistischen Elitetheorien näher beleuchtet. Ihre klassische Definition gab Mosca: „In allen Gesellschaften, von den primitivsten im Aufgang der Zivilisation bis zu

den vorgeschrittensten und mächtigsten gibt es zwei Klassen, eine, die herrscht, und eine, die beherrscht wird. Die erste ist immer die weniger zahlreiche, sie versieht alle politischen Funktionen, monopolisiert die Macht und genießt deren Vorteile, während die zweite, zahlreiche Klasse von der ersten befehligt und geleitet wird.“¹²⁾

IV. Machiavellistische Elitetheorien

Worauf im einzelnen die Elitenherrschaft in den verschiedenen Gesellschaften beruht, ist gegenüber dem grundlegenden Tatbestand der stets existierenden Herrschaft von Minderheiten von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist die Frage der Integration der Gesellschaften. Sie beruht auf dem Primat der Politik als dem entscheidenden Strukturmerkmal der Elitenherrschaft.

Dieser Optik liegt die These einer konstanten Natur *des Menschen* zugrunde, die sich vor allem durch Eitelkeit, Machthunger und Ehrgeiz auszeichne. Die sozial konfliktrüchtige Natur der Menschen bedürfe stets erneut der Integration, die nur durch einen von den jeweiligen Eliten ausgehenden Zwang erfolgen könne.

Was die „herrschende Klasse“ bei Mosca von früheren Klassentheorien bei Saint-Simon, Comte und Marx unterscheidet, ist der Umstand, daß hier die Elite nicht mehr als Treuhänderin der Gesamtgesellschaft, als Avantgarde im Dienst einer historischen Fortschrittsidee fungiert, sondern ihre Herrschaft auf eigene Rechnung ausübt, kraft ihrer Überlegenheit und besonderen Vorzüge, die sie zum Herrschen befähigen. Der Grund ihres Erfolgs liegt vor allem darin, daß Minderheiten sich leichter organisieren lassen und daher gegenüber Mehrheiten stets im Vorteil sind.

Herrschende Minderheiten bedürfen von einer gewissen Kulturstufe an zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsansprüche der Begründung und Rechtfertigung ihrer Herrschaft. Sie geschieht mittels „politischer Formeln“: eines Glaubens an das Übernatürliche oder an irgendwelche „Mythen“ (z. B. Prinzip der Volkssouveränität, Gemeinwohlvorstellungen usw.).

Entscheidend ist, daß eine solche „moralische“ Begründung der Elitenherrschaft Mosca zufolge einem Bedürfnis des Menschen ent-

spricht und daß mit seiner Hilfe die Integration des Herrschaftszusammenhangs befestigt werden kann. Gerade durch ihre Inhaltsleere und Irrationalität erhält die jeweils wirksamste politische Formel eine praktisch-politische Bedeutung, weil sie an unerfüllte Hoffnungen und konkret vorhandene Gefühle des Volkes anknüpft („heroisches Bedürfnis“). Sie gleicht einer Art weltimmanenten Religion und „bindet“ wie diese; ihre Funktion ist es, das Volk mit der herrschenden Klasse zu einer Willenseinheit zusammenzufügen.

In dieser Einsicht, daß die Ausübung politischer Macht einer ideologischen Rechtfertigung bedarf, um sich halten zu können, tritt das ausgesprochen instrumentelle Verhältnis machiavellistischer Machteliten-Theoretiker zum moralisch-geistigen „Überbau“ hervor. Die machtpragmatische Pointe ihrer Theorien besagt, daß es letztlich nur auf den Willen zur Macht und seine erfolgreiche Betätigung, nicht aber auf dessen moralische Rechtfertigung ankomme. Zwar ist diese, um Herrschaft absichern zu können, notwendig, doch gehört sie, weil ohnedies historisch variierend, nicht zum Kernbestand der politischen Wirklichkeit. Alles, was über den vitalen Machttrieb hinausgeht, wird von Mosca als letztlich unreal verworfen.

Die „Neo-Machiavellisten“ beziehen ihr Selbstverständnis von einem naturwissenschaftlich orientierten Positivismus, der, wie man glaubt, allein von den „nackten Tatsachen“ ausgeht. In dieser der machiavellistischen Elitekonzeption eigentümlichen Tendenz, in pure Machtapologie umzuschlagen und darum gesellschaftliche Verhältnisse als „zweite Natur“ erscheinen zu lassen, liegt die Anknüpfungsmöglichkeit faschistischer

¹²⁾ Gaetano Mosca, Die herrschende Klasse, Bern 1950, S. 53.

Machthaber (allen voran Mussolinis)¹³⁾ an diese Elitentheoreme. Ihr offener Zynismus führt zu einem Enthüllungseifer, der den Grund allen politischen Handelns nicht etwa deshalb im Machtrieb sieht, weil bestehende Herrschaft kritisiert würde, sondern umgekehrt, weil sie diese zu befestigen streben. Das, was ohnedies der Fall ist, wird so in der Ideologie einer Apotheose des Stärkeren „verdoppelt“. Die Faktizität der Herrschaft wird zur Norm erklärt. Mit ihrem Ethos des „So ist's nun mal, daran läßt sich nichts ändern“ werden die Machttheoretiker zu Vorläufern eines realpolitisch aufgeäumten Neo-Machiavellismus¹⁴⁾, der sich mit jedweder Herrschaft verbündet, sofern sie nur Sicherheit, Ordnung und Geborgenheit verspricht.

Pareto teilt Moscas Vorstellungen, daß zu allen Zeiten Gesellschaften sich in zwei Schichten aufteilen lassen: in eine zahlenmäßig große Unterschicht und in eine relativ kleine, doch mächtige Oberschicht. Diese wiederum unterteilt sich in eine regierende und eine nichtregierende Elite. Wie bei Mosca gibt es auch für Pareto einen Kreislauf der Eliten. Er bezeichnet damit das Phänomen, daß Struktur und Zusammensetzung der jeweils herrschenden Schichten in stetem Wandel begriffen sind bzw. sein sollen. In der Regel vollzieht sich ein solcher Kreislauf der Eliten kontinuierlich und langsam, so daß keine erheblichen Gleichgewichtsstörungen im Gesellschaftsgefüge entstehen. Sobald jedoch die Oberschichten sich nicht mehr in genügendem Maße aus Elementen rekrutieren, die, falls erforderlich, ohne Skrupel auch zur Gewaltanwendung bereit wären, kann es geschehen, daß in den Unterschichten selbst Elemente von überlegener Beschaffenheit sich entwickeln, die ihrerseits

zum machtpragmatischen Handeln entschlossen sind. In einer solchen Situation sind die Bedingungen für das Entstehen von Revolutionen gegeben. Doch setzt sich auch hier wieder das „eherne“ Geschichtsgesetz durch, wonach stets nur wenige die Massen leiten können. Erst recht stellt sich nach revolutionären Erhebungen der alte Dualismus zwischen Eliten und Massen wieder her. Denn jene verfügen — ex definitione — allein über die nötigen Fähigkeiten, um politische Herrschaft zu behaupten, während diese vermöge ihrer unverbrauchten Energien den politischen Aktionen die erforderliche Stoßkraft verleihen sollen. Pareto ist in mehrfacher Hinsicht für die politische Theorie unseres Jahrhunderts bedeutsam geworden, so vor allem durch seine Bestimmung gesellschaftlicher Prozesse mittels einer Handlungslehre, die bei einer Trieb- und Instinktbasis des Menschen („Residuen“) ansetzt. Von daher gelangt er zu einer reduktionistischen Ableitung sozialer und politischer Normen als bloßer „Derivationen“. Damit wird der Wahrheitsanspruch menschlicher Verdunft, wie ihn noch die bürgerliche Aufklärung zur Geltung brachte, radikal destruiert, so daß der Bereich des Politischen nur mehr als ein Arsenal von Maskierungen und Metamorphosen eines als konstant gesetzten Machtriebes des Menschen erscheint¹⁵⁾.

Von dieser naturalen triebdynamischen Basis her, die sich im Laufe der Geschichte zwar modifiziert, nicht aber zu sublimieren vermag, möchte Pareto den Antagonismus einander ablösender Machteliten begreifen. So ändern sich die Elitenschichten hinsichtlich ihrer sozialen Merkmale; die Tatsache als solche aber, daß es in aller Geschichte und damit auch in aller Zukunft Führende und Geführte gibt, sei unabänderlich. Die Geschichte wird so zu einem „Friedhof der Aristokratien“, zur Stätte eines latenten Bürgerkrieges erklärt. In ihr halten die jeweiligen Eliten bzw. Gegeneliten die Massen entweder in Schach oder setzen sie — unter Berufung auf deren „ureigenste“ Interessen — durch politische Formeln in Bewegung. Sobald eine Gegenelite die bis dahin herrschende abgelöst hat, beginnt der Kreislauf von neuem. *Semper idem, sed aliter!*

¹³⁾ Vgl. etwa B. Mussolini, Die Lehre des Faschismus, Florenz 1938, S. 11, 39f.: „Der Faschismus... weiß zu gut um die unheilbare, aber gerade darum so fruchtbringende und wohlthätige Ungleichheit der Menschen, die nicht durch eine mechanische und äußerliche Gegebenheit nach Art des allgemeinen Stimmrechts gleichgemacht werden können“. „Der Mensch des Faschismus“, den Mussolini porträtiert, trägt alle Eigenschaften, die für gewöhnlich der Elite zugesprochen werden. Wie jener führt auch diese „ein Leben, in welchem der Mensch durch Selbstentsagung, durch das Opfer seiner eigenen Ansprüche, ja selbst durch den Tod, jenes durchaus geistige Dasein, auf dem sein Wert als Mensch beruht, verwirklicht“. Vgl. hierzu die Elitenbestimmungen bei Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, Hamburg 1957, S. 117f.

¹⁴⁾ Zum Ursprung des machiavellistischen Machtbegriffs vgl. K. Lenk, Staatsgewalt und Gesellschaftstheorie, München 1980, S. 13.

¹⁵⁾ Zur Elitenlehre Paretos vgl. J. H. Meisel, Der Mythos der herrschenden Klasse, Düsseldorf, Wien 1962, S. 180ff., R. Hamann, Paretos Elitenlehre und ihre Stellung in der neueren Soziologie, Stuttgart 1964, S. 9ff.; K. Lenk, „Volk und Staat“, Stuttgart 1971, S. 131ff.

V. Das Eliten-Massen-Syndrom

Die den machiavellistischen Elitenkonzeptionen zugrundeliegende Massenpsychologie entstand gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in romanischen Ländern, vor allem in Frankreich, Italien und Spanien. Von Gustave Le Bon (1841—1931) stammt die einflußreiche Schrift über die „Psychologie der Massen“, die 1895 erstmals erschien und bis heute von nahezu allen Formen der Zivilisationskritik und psychologisierenden Geschichtsschreibung rezipiert worden ist¹⁵).

Le Bon sieht, ähnlich wie der zeitgenössische Nietzsche¹⁶), das Zeitalter der Herrschaft der Massen heraufziehen. Die ihrer Natur nach pathologische Masse, ausgestattet mit einer besonderen „Massenseele“, lasse sich nur von starken Führern lenken. Daher hänge das Schicksal der europäischen Kulturen davon ab, geeignete Führer in Schlüsselpositionen zu bringen, damit diese die Massen „verantwortlich“ manipulieren können.

Der von Le Bon und von Nietzsche beeinflusste Spanier Ortega y Gasset (1883—1955) hat wie kaum ein anderer das Selbstverständnis heutiger Eliten bestimmt. Seine Schrift über den „Aufstand der Massen“ erschien erstmals 1930. Sie fand vor allem in Deutschland Beachtung, denn die ausgehende Weimarer Republik war ein günstiger Boden für eine Vielzahl „völkischer Bewegungen“, die sich sämtlich zum Führen berufen sahen. Ausgehend von einer betont aristokratischen Haltung, geprägt von romanischem Individualismus, unternimmt Ortega eine weit ausgreifende, kulturpessimistische Diagnose der kulturellen Lage Europas. Der Erste Weltkrieg und die Abdankung des spanischen Monarchen sind die zentralen Schlüsselereignisse, an denen seine Reflexion anknüpft. Im Weltkrieg sieht er die Geburtswenken eines neuen Europa, im Untergang der Monarchie die Möglichkeit einer grundlegenden Neuordnung Spaniens.

Von Jakob Burckhardt (1818—1897) stammt das Wort von der Unausweichlichkeit des

Durchgangs der spätabendländischen Geschichte durch die Herrschaft der Massen. Auch in seinen Schriften¹⁸) kommt die Furcht vor radikalen Bewegungen der Lohnabhängigen, wie sie von seiten des Bildungsbürgertums spätestens seit der Jahrhundertwende kultiviert wird, zum Ausdruck. Für ihn wie für Ortega ist jeder Masse, der sich nicht einen besonderen Wert beimißt: „Es gibt keine Helden mehr; es gibt nur noch den Chor. Die Masse ist die Gesamtheit der nicht besonders Qualifizierten. Masse ist der Durchschnittsmensch... Streng genommen läßt sich Masse sein als psychische Tatsache definieren, ohne daß dazu die Individuen in Mengen auftreten müßten... Masse ist jeder, der sich nicht selbst aus besonderen Gründen... einen besonderen Wert beimißt, sondern sich schlechtweg für Durchschnitt hält und dem doch nicht schaudert, der sich in seiner Haut wohlfühlt, wenn er merkt, daß er ist wie alle.“¹⁹). Dementsprechend gehört zur Elite jener, „der mehr von sich fordert als die anderen. Die Einteilung der Gesellschaft in Masse und Elite ist daher keine Einteilung nach sozialen, sondern nach menschlichen Kategorien“²⁰).

Hier wird deutlich, daß die Kategorie „Masse“²¹) eng gebunden ist an den Gegenbegriff der Elite: ohne Elitenbewußtsein keine Psychologie der Massen, keine Angst, keine Untergangsstimmung. Was Ortega artikuliert, ist eine auch sonst verbreitete Furcht vor einer drohenden Unbotmäßigkeit der Massen, die als Symptom einer schweren moralischen Krise überkommener politischer Autoritäten gilt. Ortegas Prognosen münden in eine allgemeine Vorstellung der Vermassung und des Zeitalters der Barbarei, ja des „Kulturverfalls“ schlechthin²²).

¹⁸) Vgl. vor allem: Weltgeschichtliche Betrachtungen, München 1978.

¹⁹) Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen, Hamburg 1956, S. 8ff.

²⁰) A. a. O., S. 10.

²¹) Der lateinische Ursprung „massa“ heißt soviel wie: Teig, Klumpen, Masse. „Massa“ in diesem Sinne besitzt eine enge Verwandtschaft zu „chaos“, womit die form- und gestaltlose Urmasse gemeint war, aus der die Welt durch Sonderung der Elemente gebildet wurde (auch: Unterwelt).

²²) Vgl. vor allem Hendrik de Man, Vermassung und Kulturverfall, München 1951³, bes. S. 39ff. Diese massenpsychologische Zivilisationskritik gründet sich auf die seit dem Ersten Weltkrieg virulenten ideologischen Strömungen mit ihren bürgerkriegsähnlichen Formationen, so vor allem die des Natio-

¹⁵) G. Le Bon, Psychologie der Massen, Leipzig o. J. (1932).

¹⁷) Nietzsches Analyse der Herrschaftstechniken galt den „asketischen Priestern“, die die „Herde“ (die Masse des Volkes) in Schach zu halten wissen; vgl. hierzu bes.: Zur Genealogie der Moral, in: Jenseits von Gut und Böse — Zur Genealogie der Moral, Stuttgart 1953 (Kröner-Taschenausgabe Bd. 76), S. 369ff.

Schon nach Le Bon erschien der Mensch in der Masse als ein deformiertes Wesen, gekennzeichnet durch einen auffallenden Schwund der bewußten Persönlichkeit, durch die damit verknüpfte Vorherrschaft der unbewußten psychischen Vermögen, durch eine erschreckende Tendenz zur unverzüglichen Realisierung der halluzinierten und suggerierten Ideen, durch drohenden Verlust des Selbst (Außersichsein, Ekstase, Rausch) und einer Regression zum willenlosen Automaten, der schließlich kollektiv gesteuert und programmiert werden muß, damit er sich nicht selbst zugrunde richtet²³). Eingebürgert hat sich die Rede vom „Aufstand der Massen“ nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit den Erfahrungen des „Totalitarismus“, d. h. in der Periode des Kalten Krieges. Die Popularität dieser Kulturdiagnosen geht letztlich zurück auf kollektive Angst, Anonymisierung und auf Gefühle politischer Ohnmacht. Sie kann als verzweifelte Reaktionsbildung zur dezisionistisch-demagogischen Set-

zung *irgendwelcher* Werte zum Zwecke der Befriedigung der Massen führen, auf die Eliten sich stets zu berufen pflegen, wenn es gilt, Herrschaftsausübung zu legitimieren.

In den Massenpsychologien erscheint die vermeintliche Irrationalität der Massenregungen oft in eigentümlicher Weise verschwistet mit der Irrationalität des Beobachters selbst, so daß der klinische Blick für die Pathologie der Wahnsysteme mitunter ins Vergaßte in deren angebliche Urtümlichkeit umschlägt, wie dies nicht bloß bei Carl Gustav Jung (1875 bis 1961) der Fall ist. Mythen zu analysieren, um ihnen — wie seine mythologisch-tiefenpsychologischen Schriften zeigen — selber zu verfallen, wird im 20. Jahrhundert ebenso modern wie die Tendenz zu einer Kritik der Ideologien, die deren Unentbehrlichkeit behauptet und dabei konsequent in die Apologie ideologischer Systeme umschlägt. Die Faszination der Deuter der „Massenseele“ läßt die „Auguren“ selbst nicht unberührt²⁴).

VI. Werteliten

Werteliten versuchen zwischen sozialen Kategorien und abstrakten personalen Werten zu vermitteln. Hier eröffnet sich scheinbar die Chance, eine Vielzahl ansonsten unidentifizierbarer Prozesse durch die Analyse einer begrenzten Anzahl von Individuen mit politischem Einfluß zu erfassen. Solches Interesse am „Konkreten“ dieser Vermittlung hat oft zur Folge, daß die ursprünglich beabsichtigte Analyse und Soziologie funktionaler Elitepositionen zu einer bloß deskriptiven Psychologie der Positionsinhaber führt.

Eliten sind längst zu einer Art immanenten und kollektiven „Gottheit“ in einer Gesellschaft geworden, die — besonders als „Werteliten“ — der entzauberten sozialen Wirklich-

keit etwas vom Glanz früherer Zeiten bringen sollen. „Eliten“ gleichen so dem „Geflecht der Edelpilze“, die sich aus dem „Dung“ der Massen entwickeln²⁵). Werteliten leisten eine Art sekundärer Sinnggebung in einer Gesellschaft, die sich von Anonymität und Monotonie umstellt sieht. Sie sind das anspruchsvollere Pendant zur „Prominenz“ und eignen sich wie diese als Instrument der Integration ebenso wie zur Staffage in dürrtiger Zeit.

Auch in der deutschen Soziologie der Weimarer Republik findet sich die Unterscheidung

nalsozialismus und des italienischen Faschismus. Vgl. hierzu E. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; ders., *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968; ders., *Die faschistischen Bewegungen*, München 1966.

²³) Gustave Le Bon, a. a. O. Schon vom Römischen Senat wurde behauptet: „senatores boni viri, senatus mala bestia“. Bekannt ist auch Hegels Bestimmung der „formlosen Masse“, die, in Bewegung geraten, „elementarisch, vernunftlos, wild und fürchterlich“ sei.

²⁴) So G. Simmel, *Die Religion*, Frankfurt a. M. 1922, S. 32, 36 ff., 45 f., 96; vgl. Th. Mann, *Politische Schriften und Reden*, Frankfurt a. M. 1968, S. 121 f., wo dies an Spenglers Kulturmorphologie gezeigt wird. Analog hierzu tendiert eine systemtheoretisch orientierte Ideologienlehre mit schöner Regelmäßigkeit zur Rechtfertigung ideologischer Systeme, so etwa bei Eugen Lemberg, *Ideologie und Gesellschaft*, Stuttgart 1971.

²⁵) So R. Altmann, *Politische Elite*, in: R. Altmann, J. Gross, *Die neue Gesellschaft*, Stuttgart 1958, S. 9 ff. „Während die Soziologen noch darüber debattierten, ob Paretos oder Sorels Elitetheorie, Nietzsche oder Bergson beim italienischen Faschismus Pate gestanden hätten, entwickelten sich in Deutschland (z. Z. der Weimarer Republik, K. L.) hinter dem Schleier einer Massenbewegung Eliteformen, die uns heute atavistisch anmuten“ (a. a. O., S. 121).

zwischen einer regierenden politischen und einer nicht regierenden, politisch indifferenten („stillen“) Elite. Den politischen Machthabern wird mit einer solchen Konstruktion eine geistige, den kulturellen Werten verpflichtete Elite gegenübergestellt, die, wenngleich nach außen machtlos, doch als das „Salz der Erde“, als die eigentlich moralische Schicht im Volk gilt. Diese Konzeption einer Bildungselite hängt eng mit den in der deutschen Geistesgeschichte geläufigen Antithesen von „Kultur“ und „Zivilisation“, bei Ferdinand Tönnies typologisch kontrastierten Gegensätzen von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ zusammen.

Die politisch herrschende Schicht zählt in dieser Optik zur Zivilisationssphäre, zur bloßen Außenseite des Lebens; sie ist mit dem Makel des Vulgären behaftet, weil es ihr primär um äußere Macht und Prestige zu tun ist. Die „wahre“ innere Macht hingegen sei allein in der Kultur und in der Gemeinschaft zu finden; deren Repräsentanten sind die Wert- und Geisteseliten.

Am deutlichsten tritt diese Form der Elitenkonzeption in der Kultursoziologie Alfred Webers (1868—1958) hervor. In ihr wird der „echten“, geistigen Elite das Werk einer „Kultursynthese“ und damit die Überwindung der durch die Veräußerlichung aller Werte ausgelösten gesellschaftlichen Krisensituation zugesprochen. Die Forderung nach einer neuen Wertelite ist von der bedrohlich erscheinenden Erfahrung des Schwindens der Bedeutung geistiger Führungsschichten in einer bürokratisch verwalteten Gesellschaft motiviert. Diese „Depossidierung der geistigen Führer“, die sich nach Alfred Weber bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen läßt, sei begleitet von einer wachsenden Entfremdung zwischen Geist und Macht, Innerlichkeit und Politik²⁶⁾. Aus dem Bewußtsein der Vergeblichkeit der von diesen Soziologen geforderten Kultursynthese entspringt jenes seit der Romantik in der deutschen Geistesgeschichte zutage tretende Phänomen des „tragischen Bewußtseins“, das der Wissens- und Kultursoziologie der zwanziger Jahre ihren bestimmenden Grundzug verleiht²⁷⁾.

Die geistige Elite besitzt hier, wie schon bei Nietzsche, feudal-aristokratische Züge. Demgemäß sind ihre Ideale: das Edle, die Vor-

nehmtheit, eine Unbekümmertheit gegenüber den Lebensumständen und ein allem Stolz überlegenes Selbstwertgefühl. Das derart stilisierte Porträt bezieht sein Pathos aus der polemischen Wendung gegen die Bourgeoisie, welche, von Liberalismus und kapitalistischer Rechenhaftigkeit infiziert, zur eigentlichen Trägerschicht des dekadenten Ungeistes, zum Sündenbock für den Niedergang und die Perversion „echter“ Werte gestempelt wird. Die für deren Überwindung disponierten Menschentypen sollen in den beiden antibourgeois Ständen der Arbeiter und des Adels zu finden sein²⁸⁾.

Die Konstruktion eines Massenmenschen dient bis heute als Alibi für die nicht geleistete Analyse der konkreten Bedingungen und Ursachen, die zur Verflachung des Bewußtseins und zur Ausformung eines entsprechenden Sozialcharakters geführt haben. Da die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung in diesen Wertelitentheoremen nicht mit ihren ökonomischen Aspekten vermittelt, sondern ausschließlich sozialpsychologisch beschrieben wird, kann die neuromantisch herbeigesehnte neue Lebensordnung auch nur als das Ergebnis einer abstrakten Negation der pervertierten Wertewelt des *homme bourgeois* erscheinen.

Das gesellschaftspolitische Programm der Wertelitentheorie mündet denn auch in einen Appell an die geistige Elite, durch erneute Hinwendung zur „wahren“ Wertehierarchie die negativen Seiten der kapitalistischen Gesellschaft „schöpferisch“ durch einen reinen Willensentschluß zu überwinden.

Der von Grund auf dezisionistische Charakter dieser Konzeption liegt auf der Hand. Er kehrt in den meisten folkloristischen Elitenkonzeptionen wieder, deren augenfällige Inhaltsarmut der vagen Bestimmung des in ihnen verwandten Massenbegriffs kaum nachsteht. Etwa wenn die Forderung nach einer „neuen“ Elite im demokratischen Staat sich darauf

²⁸⁾ Der Begriff „Kapitalismus“ bedeutet hier nicht eine bestimmte historisch gewordene Form des auf Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden Wirtschaftens, sondern er wird primär zur Charakterisierung eines „*homo capitalisticus*“ verwandt, der im Spätstadium seiner Entwicklung identisch sei mit jenem „seichten Epikuräer“, wie ihn Alfred Weber bereits im Jahre 1909 porträtiert hat: „Eine Kombination von ausgesprochener Feistigkeit mit Simplizität und grobschlächtiger Patzigkeit, durch eine Verbindung mit einem grauenhaften Wichtignehmen der Kleinigkeiten des Lebens und der materiellen Genüsse“ (a. a. O., S. 79).

²⁶⁾ Vgl. A. Weber, *Ideen zur Staats- und Kultursoziologie*, Karlsruhe 1927, S. 104.

²⁷⁾ Vgl. hierzu K. Lenk, *Marx in der Wissenssoziologie*, Neuwied-Berlin 1972, S. 9ff.

richtet, daß „die geistig, charakterlich und fachlich Besten der politischen Arbeit und Verantwortung (sich) freiwillig zur Verfügung stellen“²⁹⁾ sollten.

Die Abstraktheit dieses Postulats entspricht

VII. Funktionseliten

Wird in den Sozialwissenschaften selbst von Eliten gesprochen, so meint man in der Regel nicht Wert-, sondern Funktionseliten. Darunter versteht man seit Otto Stammer (1900 bis 1978) die Gesamtheit der sozialen und politischen Führungsgruppen in einer pluralistischen Demokratie.

Kennzeichnend für Funktionseliten ist die fehlende soziale Abgeschlossenheit, so daß prinzipiell allen Mitgliedern der Gesellschaft kraft eigener Leistung der Zugang zu Elitepositionen möglich sein soll.

Die Zusammensetzung und Rekrutierung dieser Eliten steht unter bestimmten Leistungskriterien: „offene“ Eliten gibt es stets nur im Plural.

„Eliten“ im Sinne der Funktionseliten sind somit mehr oder weniger offene soziale und politische Einflußgruppen, deren Hauptrolle in ihrer funktionalen Mittlerstellung zwischen Führung und Volk liegt. Ihre spezifische Aktivität zeigt sich vor allem in der Initiierung und Artikulation von Interessen im Prozeß der politischen Willensbildung. Funktionseliten kommt die Aufgabe zu, den Willen des Volkes zu repräsentieren und durch den Ausgleich heterogener Gruppeninteressen zur sozialen Integration beizutragen³⁰⁾. Mit diesem Konzept verbindet sich ein Demokratiebegriff, demzufolge Demokratie als eine Herrschaftsform im Auftrag und unter Kontrolle des Volkes gelten kann, eine Form der politischen

²⁹⁾ H. J. Nachtwey, Sittliche Grundlagen der politischen Bildung im demokratischen Staat, in: Gesellschaft, Staat, Erziehung, 7. Jg., H. 5, S. 281.

³⁰⁾ So etwa bei Otto Stammer; vgl. dessen erstmals 1951 erschienenen Beitrag: Das Elitenproblem in der Demokratie, in: W. Röhrich (Hrsg.), „Demokratische Elitenherrschaft, Darmstadt 1975, bes. S. 202, 209, 214ff., 219ff.; ferner O. Stammer, P. Weingart, Politische Soziologie, München 1972, S. 132ff.; zum wissenschaftstheoretischen Hintergrund der Politischen Soziologie Otto Stammers und seiner Schule neuerdings R. Ebbighausen, Politische Soziologie. Zur Geschichte und Ortsbestimmung, Opladen 1981.

dem des „Jargons der Eigentlichkeit“. Mit seiner appellativen Verwendung nimmt auch der derzeit herumgereichte Elitebegriff eine Anonymität an, die der der Masse oft aufs Haar gleicht.

Willensbildung, die unter heutigen Bedingungen nur als Repräsentativsystem möglich ist. Als solche „Minderheitengruppen“, die die Aufgaben einer Funktionselite erfüllen, gelten Stammer etwa Regierungsgremien, führende Fraktionsgruppen der Parlamente, Gruppen der höheren Ministerialbürokratie, Spitzenpositionen der Provinzialverwaltung, Führungs- und Einflußgruppen in den Gewerkschaften sowie jene Funktionäre und Sprecher von Vereinigungen, die Einfluß auf das politische Geschehen haben.

Funktionseliten sind somit Einflußgruppen, deren eine Demokratie bedarf, um den Prozeß der politischen Willensbildung in Gang zu halten. Um ihre Isolierung gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern, bedarf es einer ständigen Konkurrenz unter den verschiedenen Einflußgruppen.

Die in der deutschen Soziologie der Nachkriegszeit betriebene Entprivilegierung des Elitebegriffs versteht sich als eine „Rettung“ des Elitekonzepts für demokratische Gesellschaftsformen. Stammer hebt denn auch den Begriff der Funktions- von dem der Wertelite ab: „Die Elite ... ist soziologisch jedenfalls nicht bestimmt aus der mehr oder weniger vorhandenen Qualifikation ihrer Glieder, sondern aus der Funktion, die sie im politischen System innehat“³⁰⁾.

Hauptkriterium der Funktionselite ist die ihr zufallende Aufgabe, die verschieden gearteten Bedürfnisse und Interessen in einer „offenen“ Gesellschaft zu artikulieren, um so durch einen fortwährenden Prozeß der Gruppenkonkurrenz den politischen Willen der Gesellschaft zu repräsentieren.

Beim Versuch, unter den Bedingungen einer Massendemokratie den Eliten besondere Funktionen zuzuweisen, konnte Stammer auf ähnlich gerichtete Bemühungen Karl Mannheims zurückgreifen, der bereits in den dreißi-

³¹⁾ O. Stammer, a. a. O., S. 214.

ger und vierziger Jahren, während der Zeit seiner englischen Emigration, von der Notwendigkeit eines Pluralismus der Eliten überzeugt war.

Das affirmative, die Machtstrukturen verschleiernde Moment im Elitenbegriff haftet den „klassischen“ Konzepten ebenso wie dem der Wertelite an, kaum jedoch der gesellschaftskritisch orientierten Theorie der Machtelite, wie sie in den USA entwickelt wurde. Aufgrund seiner Analyse der amerikanischen Herrschaftsstrukturen kam C. Wright Mills zu einem auch gegenwärtig noch aktuellen Ergebnis: An der Spitze der amerikanischen Gesellschaft habe — cum grano salis — eine dreistrangige Elitenkoalition die entscheidenden Machtpositionen inne. Da der Machtelite, die aus einem Netz von einander ergänzenden Positionsträgern aus den Bereichen Wirtschaft, Militär und staatlicher Verwaltung besteht, kein ernsthaft konkurrierender Gegenspieler gegenübersteht, erscheint ihre Macht kaum mehr wirklich kontrollierbar.

Die in der Folgezeit in der Politischen Soziologie vorgelegten Analysen der Techniken elitärer Machtausübung sind zwar von der Absicht getragen, die scheinhafte Legitimität der Machteliten zu kritisieren, doch finden sich in den heutigen Gesellschaften keine in sich konsistenten Gegeneliten, die mit Aussicht

auf Erfolg den herrschenden Machteliten noch im Ernst Schranken setzen könnten.

Die damit entwickelten Ansätze einer Kritik der Herrschaft von Machteliten in hochentwickelten Industriestaaten können als paradigmatisch gelten — auch für die UdSSR. Erinnert sei an die einstige Konvergenztheorie, deren Befunde hier, modifiziert zwar, erneut Beachtung finden.

Die Funktionselitentheorie ist, ebenso wie die Theorie der Machteliten, zugleich empirisch als auch theoretisch orientiert — im Gegensatz zum heute mehr oder minder populärwissenschaftlichen Umgang sowohl mit der Werteliten- als auch der machiavellistischen Elitenideologie.

Für die Brauchbarkeit der Fragestellung und Methoden von C. Wright Mills spricht die Einbeziehung der Verfassungswirklichkeit, des sozialen Hintergrunds sowie der Mechanismen der Selbsterhaltung von Machteliten, ohne dabei einer Verschwörungstheorie aufzusitzen. Funktions- und Machteliten-Konzepte gälte es erneut für eine kritisch-theoretische wie empirisch fundierte Analyse der Herrschaftsstrukturen fruchtbar zu machen. Es ist paradox: Die Funktion von Eliten — stets aufs neue als Allheilmittel postuliert — ist unleugbar. Eliten werden gefordert und kritisiert — allein ihre Analyse steht noch aus.

Richard von Weizsäcker: Kritik und Chance unserer Parteiendemokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/82, S. 3—12

In unserem demokratischen Staat nehmen die Parteien die zentrale Machtposition ein. Sie haben maßgeblichen Einfluß auf Gesetzgebung, Wahl und Kontrolle der Regierung, auf die Besetzung der obersten Gerichte, die Berufungspolitik an den Hochschulen und das Personalwesen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. Die Einflußnahme der Parteien auf den Staat haben ihren Ruf begründet, sich den Staat zur Beute zu machen. Das Ansehen der Parteien ist nicht zuletzt deshalb, vor allem in Teilen der jüngeren Generation, erschüttert. Der Ansehensverlust liegt jedoch auch in der Tatsache begründet, daß die politischen Lösungsversuche der Parteien allzu häufig nicht am Problem selbst, sondern am Kampf um die Macht orientiert sind.

Die Leitidee der repräsentativen Demokratie, Regierungsmacht auf Zeit mit der Chance oder Gefahr des Wechsels durch Wahl, besitzt eine automatische Scheuklappenwirkung gegen die Zukunft. Niemand wagt, um einer verantwortlichen Zukunftsvorsorge willen Vorschläge zu machen, die eine Belastung in der Gegenwart mit sich bringen könnten. Die Zukunft wird zugunsten der Gegenwart vernachlässigt. Zwar fehlt es einer großen Zahl von Politikern keineswegs an der Einsicht in das, was zur Zukunftssicherung notwendig ist. Was fehlt, ist vielmehr das Zutrauen, daß es gelingen könnte, dafür die Zustimmung bei einer Mehrzahl von Wählern zu finden. Deshalb ist es unsere Aufgabe, verändernd auf das Bewußtsein einzuwirken.

Solange Politiker in der Parteiendemokratie ihre Aufgabe nur so verstehen, die Wünsche der Wähler zu ermitteln, zusätzliche Wünsche zu suggerieren und ihre Erfüllung zu versprechen, so lange wird die Parteiendemokratie auf Dauer keine Überlebenschance haben. Die wichtigste Chance zur Überwindung der Krise liegt darin, den Führungsauftrag tatsächlich wahrzunehmen, zu dem man gewählt ist: Nicht den Strömungen hinterherlaufen, sondern auf ihre Richtung Einfluß nehmen!

Peter Reichel: Politische Kultur. Zur Geschichte eines Problems und zur Popularisierung eines Begriffs

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/82, S. 13—26

Die Sache selbst ist alt. Solange es Politik gibt, gibt es natürlich auch politisches Bewußtsein, politische Orientierungen und Verhaltensweisen. Vergleichsweise neu und keineswegs unumstritten ist der Begriff und die mit ihm entstandene Forschungsrichtung. Hierzu-lande ist der Ausdruck „politische Kultur“ erst seit kurzem auch in der politischen Umgangssprache geläufig. Mit ihm verbinden sich unterschiedliche Vorstellungen und gegensätzliche Wertungen. Während die Linke einen historisch begründeten Mangel an demokratisch-politischer Kultur beklagt und ihn der Rechten anlastet, klagt diese über den Verfall unserer politischen Kultur und macht dafür die Linke verantwortlich. Schwierigkeiten im Umgang mit dem Begriff widerspiegeln Schwierigkeiten unserer politischen Kultur selbst. Der Begriff hat bei uns einen fremden Klang, denn Politik und Kultur haben sich lange in getrennten Bahnen entwickelt, zugleich Ursache und Folge für die Entstehung demokratiefeindlicher Traditionen. In der aktuellen Popularisierung des Begriffs wird so die Geschichte des Problems, werden die Strukturdefekte und bis heute nachwirkenden historischen Vorbelastungen unserer politischen Kultur sichtbar.

Von daher ist eine politikwissenschaftliche Definition und Operationalisierung ohne eine kritische Vergegenwärtigung dieser historischen Hypothek wenig sinnvoll. Daß in eine empirisch-analytische Begriffsbestimmung von „politischer Kultur“ auch normative Prämissen eingehen, erscheint vor diesem Hintergrund ebenso unausweichlich, wie die Entscheidung für einen systematisch und historisierend auf die gesellschaftliche Totalität von politischer Kultur zielenden, erweiterten Begriff naheliegend ist. Er ist gegenüber dem in der bisherigen Forschung dominierenden engeren, weil auf kollektive politische Orientierungen von Individuen beschränkten Begriff, von geringerer Trennschärfe, aber von größerer und auch kritischer Wirklichkeitsnähe. Unter politischer Kultur in diesem erweiterten Verständnis wären dann die für eine Gesellschaft insgesamt oder für gesellschaftliche Großgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen politischen Anschauungs- und Verhaltensmuster zu verstehen, die einerseits mit den individuellen Lebensgeschichten und Sozialisationsprozessen und andererseits mit der nationalen Ereignisgeschichte und ihren Strukturbedingungen eng verknüpft sind, deren Bewertung aber von dem historisch erreichten Stand gesellschaftlicher Demokratisierung abhängt.

Kurt Lenk: „Elite“ — Begriff oder Phänomen?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/82, S. 27—37

Die seit einiger Zeit wieder auflebende Elitendiskussion zeigt eine verwirrende Fülle gedanklicher Motive, deren ideologische Funktionen den Erkenntniswert dieser Kategorie längst zu überlagern scheinen. Es gilt daher, der Vielschichtigkeit heutiger Elitenkonzepte nachzugehen, um so deren jeweiligen Stellenwert, Anspruch und Geltungsbereich sowie die damit verbundenen Selbstverständnismuster gesellschaftlicher Gruppierungen bestimmen zu können.

Dies geschieht vor dem Hintergrund der bekannten Spielformen: der (neo)machiavellistischen Machteliten-, der zivilisationskritischen Bildungs- und der eher pragmatisch orientierten Funktionseлитentheorien.

Es zeigt sich, daß im Umkreis der Elitenkonzeptionen Gesellschaftsanalysen in der Regel durch binäre Modelle (im Sinne des Eliten-Massen-Syndroms) ersetzt werden, während der von C. Wright Mills entwickelte Ansatz einer Kritik der Herrschaftseliten („powerelites“) den dogmatischen Charakter der machiavellistischen Machtelitenkonzepte ebenso wie die bloße Apologie der Wertelitentheorie zu vermeiden sucht.

Hier und bei den kritischen Aspekten der Funktionseлитentheorie dürften sich Anknüpfungspunkte für eine künftige sozial- und politikwissenschaftliche Forschung finden lassen.